

Jenseits von Hayek und Keynes:

Eine marxistische Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1945

Vorwort:

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Krisentendenzen des Kapitalismus. Genau während den letzten Wochen der Fertigstellung gelangen auch die anerkannten Institutionen bürgerlicher Wirtschaftsforschung zusehends zu der Einschätzung, dass eine Rezession zumindest in den USA bevorstehen könnte.

Die OECD schätzt, dass die schlussendlichen Verluste der aktuellen Kreditkontraktion 300 Mrd. \$ betragen werden, was im Vergleich zu anderen Instituten eine vorsichtige Schätzung ist. Dies wäre nahe zu 1% des jährlichen Bruttoinlandsproduktes der Welt.

Nach dem Einbruch der Weltbörsen im August, konnte ein regelrechter Börsencrash, eine Rezession und ein wirklicher "Bank Run" nur durch einen massiven Eingriff der Notenbanken, Zinssenkungen und der finanziellen Rettung ganzer Banken durch den Staat wie der Britischen "Northern Rock" gerade noch einmal abgewehrt werden.

Darauf brach unter den Bankern sofort wieder grenzenloser Optimismus aus. Die schlechten Kredite seien abgeschrieben, der Aufschwung könne ungebrochen weitergehen. Selbst eine Rezession in den USA würde sich nicht auf Europa und Asien übertragen, weil diese bereits viel zu unabhängig von den USA seien. In jedem Fall würde China die Weltwirtschaft vor einer Rezession bewahren.

Die Argumente sind alle falsch. Gerade der Eingriff der Notenbanken verhinderte, dass der wirkliche Schuldenstand bei den Banken in seiner Totalität zum Vorschein trat. Die undurchsichtige Verwicklung der Verschuldung ist um nichts besser geworden. Sie wurde durch die Zinssenkungen nur wieder zugedeckt, nachdem sie ein Bisschen von ihrem Grauen gezeigt hat, und jeder neue Einbruch muss sie in ihrer ganzen Schrecklichkeit zum Vorschein bringen.

Die Zinssenkungen, obwohl die Fed schon wieder eine Zinssenkung angekündigt hat, können nicht ewig weitergehen. Zu schlimm ist das Gespenst der Inflation, das nicht nur durch die Erhöhung der Geldmenge bei gleichzeitiger Unwilligkeit oder Unfähigkeit der Betriebe, das Angebot zu erhöhen, getrieben wird, sondern auch durch ein Anziehen der Erdölpreise. Zinssenkungen machen es zu dem für die USA immer gefährlicher, dass Kapital abfließt.

China erhöht gleichzeitig die Zinsen, wertet seine Währung auf und wird dadurch für Anleger attraktiver. Gleichzeitig hört China durch seine Aufwertung der Währung mehr und mehr auf, den Inflationsdruck in den USA zu mindern. Statt Deflation wird zusehends Inflation in die USA exportiert.

Kuwait, einer der loyalsten Verbündeten der USA hat seine Währung bereits von der Bindung an den Dollar losgelöst, was den Wertverfall des Dollars weiter ankurbelt. Je mehr die Fed mit der Zinsschraube spielt, desto stärker wird die Gefahr einer universellen Kapitalflucht aus den USA.

Wir dürfen nicht vergessen, dass gleichzeitig die Immobilienblase geplatzt ist und der Verfall der Immobilienpreise ungebrochen weitergeht. Die Grundsätzliche Unsicherheit der Investoren und Konsumenten kann also nicht beseitigt werden. Eine Geldmengenerhöhung in so einer Situation gerade am Ende eines Booms wo die Fabriken auf Hochtouren laufen und die Kapazitäten ausgelastet sind, ist in Bezug auf die Inflation ein Spiel mit dem Feuer.

Ein weiteres nicht stichhaltiges Argument ist die relative Unabhängigkeit der USA von der Weltwirtschaft. Schaut man lediglich auf die Handelsbilanzen stimmt es, dass sich die Abhängigkeit von den USA vermindert hat.

Das Problem ist, dass die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaftsstrukturen kein quantitatives Problem ist, sondern ein qualitatives. Wir müssen die Handelsströme der Leitsektoren der nationalen Volkswirtschaften verstehen, um wirklich das Ausmaß der Abhängigkeit feststellen zu können.

In diesem Zusammenhang ist es so, dass die Leitsektoren der deutschen, japanischen und chinesischen Wirtschaft, nämlich die High- Tech Sektoren der Industrie, in einem enormen Ausmaß vom US Binnenmarkt abhängen. Es ist wahr, dass Japan sehr viel nach China exportiert und Deutschland nach Osteuropa. Aber dies ist nur deshalb der Fall, weil Japan und Deutschland, China und Osteuropa als verlängerte Werkbank für eine Industrieproduktion benutzen, die schlussendlich ihren Absatz wieder in den USA findet. Krisen in den Exportsektoren ziehen dann auch den Binnenmarkt nach unten, auch wenn dieser so groß ist wie in China.

Wir dürfen auch nicht glauben, dass die Milde der letzten Rezessionen 2001 und 1992 darauf schließen lässt, dass die nächste Weltwirtschaftskrise schwach wird.

Es ist genau die relative Schwäche der letzten Rezessionen, vor allem der Rezession von 2001, die die kommende Rezession so gefährlich macht. Die Fed hat es durch ihre expansive Geldpolitik, die durch eine expansive Fiskalpolitik im Rahmen des Irakkrieges ergänzt wurde, nicht zugelassen, dass die Weltwirtschaft und die US Wirtschaft ihre Ungleichgewichte

bereinigen konnten. Die Handelsbilanz der USA ist noch negativer geworden, der Abwertungsdruck auf den Dollar verbunden mit der Gefahr einer Kapitalflucht aus den USA ist gestiegen, die Spekulation und die Expansion des Kredites sind ins Unermessliche gestiegen. In Verwicklung der gegenseitigen Verschuldung ist in -transparenter und riesenhafter denn je geworden.

Zudem sind die Spielräume für Keynesianistische Politik durch die Staatsverschuldung und die extreme Überspannung des Kredits gering geworden.

Wien, am 3 Dezember 2007

Einleitung:

Bei In meiner Darstellung der Nachkriegsökonomie verwende ich sehr wenig Literatur, sondern hauptsächlich Zahlen, die ich einerseits direkt aus den National Accounts übernehme oder aus den Büchern von Robert Brenner "Boom & Bubble" (BRENNER; (2003)) und "Economics of Global Turbulance" (BRENNER, (2006)), die wie die vorliegende Arbeit eine Interpretation der Nachkriegsökonomie zum Gegenstand haben.

In weiten Teilen komme ich zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Brenner, es gibt aber auch wichtige Unterschiede:

Erstens unterscheidet sich die Analyse von Brenner fundamental von meiner, auch wenn die Schlüsse ähnlich sind. Brenner sieht den Hauptgrund für den tendenziellen Fall der Profitrate in der Überproduktion, ich hingegen in der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, in der steigenden Kapitalintensität der Produktion an sich.

Dieser Unterschied ist wichtig, da wenn wirklich die Krisen reine Überproduktionskrisen wären, eine staatliche Ankurbelung der Nachfrage sehr wohl größere Erfolge zeitigen könnte. Meiner Meinung nach ist aus diesem Grund die Brennersche Kritik am Keynesianismus etwas holprig.

Der zweite Unterschied der sich aus dem ersten ergibt, ist der dass in meiner Arbeit die Kritik am Keynesianismus und Neoliberalismus und die Grenzen kapitalistischer Wirtschaftspolitik umfassender und allgemeiner behandelt werden.

Klar ist aber, dass diese Arbeit der Arbeit von Brenner sehr viel verdankt und in vieler Hinsicht auf der Analyse und den Forschungsergebnissen von Brenner aufbaut.

Die vorliegende Arbeit ist in Wirklichkeit ein Teil einer größeren Arbeit mit dem Namen "Die Marxistische Theorie über Zyklus und Trend". Sie wird deshalb getrennt veröffentlicht,

weil sie auch für die LeserInnen interessant ist, die sich ohne einem ausführlichem Studium marxistischer Krisentheorie direkt dafür interessieren, was der Marxismus zur wirtschaftlichen Realität seit 1945 zum Neoliberalismus und zu Keynesianismus zu sagen hat. In der Arbeit "Die Marxistische Theorie über Zyklus und Trend" werden die allgemeine Krisentendenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems dargestellt: Die periodischen Überproduktionskrisen und den tendenziellen Fall der Profitrate. Als Ursache für den tendenziellen Fall der Profitrate wird die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals einerseits und die steigende Bedeutung der unproduktiven Sektoren der Wirtschaft andererseits analysiert.

In der folgenden Schrift handelt es sich nun darum zu zeigen, wie sich diese allgemeinen Krisentendenzen in der konkreten Realität entfalten. Es geht darum, darzulegen, wie der allgemeine Gang der ökonomischen Gesetze von bisher unberücksichtigten Phänomenen, wie des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital, des Welthandels, der Weltpolitik und des Einfluss des Staates auf die Wirtschaft verändert und mitgestaltet wird. Wir werden zu diesem Zweck eine Untersuchung der Weltwirtschaft nach 1945 vornehmen und in diesem Kontext nicht nur die konkrete Wirksamkeit allgemeiner Gesetze überprüfen, sondern auch die Rolle wirtschaftspolitischer Paradigmen.

Gerade in der Linken, in globalisierungskritischen Kreisen sowie in den wirtschaftlichen Abteilungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist die Ansicht weitverbreitet, dass der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sei. Hauptursache für die Stabilität der 50er und 60er Jahre sei der Keynesianismus in Zusammenhang mit dem Bretton Woods Abkommen der fixen Wechselkurse. Hauptursache der Krise seit den 70er/80er Jahren sei zum einen ein Verlassen der Politik der fixen Wechselkurse und zum anderen ein übergehen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Ein Hauptziel der vorliegenden Arbeit ist es diesen Mythos zu entschleiern.

Die Situation 1945:

Schon die Situation nach 1945 ist der beste Beweis, warum ein mechanischer ökonomischer Determinismus für die Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung völlig unbrauchbar ist. Bestimmend für die Entwicklung der Weltwirtschaft und auch der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Staaten nach 1945 ist ein zutiefst politisches Faktum: dass die UDSSR ungeheuer gestärkt aus dem 2 Weltkrieg hervorging. Nach der chinesischen Revolution 1949 ist der Kapitalismus auf einem Drittel der Erdoberfläche beseitigt, eine Situation die man sich

heute im Jahr 2007 gar nicht mehr vorstellen kann. Diese Existenz eines immer weiter vordringenden nicht- kapitalistischen Blocks hat den maßgeblichsten Einfluss auf die Politik der kapitalistischen Länder.

Und hier kommen wir bereits zum zweiten Ergebnis des zweiten Weltkrieges. Die traditionellen kapitalistischen Großmächte Deutschland, England, Frankreich sowie das aufstrebende Japan sind durch den zweiten Weltkrieg massiv geschwächt und der überwiegende Reichtum der kapitalistischen Welt, sowohl an Goldreserven, wie an intaktem Maschinenpark ist in der neuen Supermacht USA konzentriert.

Die Perspektive der revolutionären MarxistInnen scheint sich nicht bewahrheitet zu haben: aus dem zweiten Weltkrieg, der Todeskrise des kapitalistischen Weltsystems erhebt sich eine kapitalistische Supermacht von bisher nicht da gewesener Produktivkraft und Reichtum.

Es scheint so als käme es zur Existenz eines Systems, wie es Lenin und Trotzki nie für möglich gehalten haben, zur Existenz eines Ultraimperialismus, daher eines Weltkapitalismus dominiert und organisiert von einer einzigen politischen Supermacht: der USA.

Gleichzeitig ist die Situation damals für die USA viel schwieriger als sie oberflächlich aussieht. Die USA sind in Wirklichkeit bereits 1945 ein Koloss auf tönernen Füßen. Sie tragen bereits alle Keime einer späteren Krise in sich.

Der Hauptgrund für die eigentliche Schwäche der USA liegt darin, dass sie angesichts der Existenz eines riesenhaften nicht- kapitalistischen Blocks, die Verantwortung für die Verteidigung der gesamten kapitalistischen Welt in die Hand nehmen müssen und nicht einfach ihre egoistischen nationalen Interessen verfolgen können. Sie können nicht wie ursprünglich im sogenannten "Morgentau" - Plan geplant, Deutschland und Japan de-industrialisieren und Frankreich und England in Sattelitenstaaten verwandeln, um sich selbst an der Ausbeutung der ganzen Welt zu bereichern, wie es vor ihnen England im 19ten Jahrhundert getan hatte.

Bereits 1944 wird zur zentralen Achse der Politik der USA die Politik des "containments" der "Eindämmung " des Kommunismus. Diese Politik zwingt die USA dazu die Wiedererrichtung eines deutschen, britischen, französischen und japanischen Kapitalismus nicht nur zu tolerieren, sondern sogar aktiv zu unterstützen.

Die Politik der Eindämmung richtet sich nicht sosehr gegen eine militärische Bedrohung der UDSSR. Die USA haben vor allem Angst vor den Bevölkerungsmassen in Europa und Japan, die einen Systemwechsel fordern: In Österreich, Deutschland, Italien und Japan sind tausende von Betrieben von den Belegschaften besetzt worden, in Britannien gewinnt Labour die Wahlen mit dem Slogan des Sozialismus. Die USA haben auch Angst vor ihrer eigenen

Bevölkerung: In den ersten 5 Jahren nach dem Krieg befindet sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung im Vormarsch: Sie setzt Realloohnerhöhungen von historischem Ausmaß durch und droht die gefährliche Tradition der Betriebsbesetzungen der 30er Jahre wiederzuentdecken.

Die USA können die kapitalistische Ordnung nur verteidigen indem sie ganz gegen die übliche imperialistische Praxis den Aufbau funktionierender kapitalistischer Konkurrenzstaaten zulassen: zu Westeuropa und Japan, werden später noch Südkorea und Taiwan kommen.

Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung hat nicht nur eine ökonomische, sondern eine politische Seite. Sie verlangt auch eine politische und wirtschaftliche Einbindung der Organisationen der ArbeiterInnenschaft von bisher nie da gewesenen Ausmaß, sowohl in Westeuropa und Japan, als auch in den USA selbst.

Das dritte Element der Errichtung einer stabilen Nachkriegsordnung ist der Staatsinterventionismus: Die USA sind gezwungen, um sowohl innenpolitisch, als auch in Japan und Westeuropa Stabilität zu generieren zu einem System von Nie da gewesenen Staatsinterventionismus zu greifen: Der Anteil des Staates in den USA selbst wird auf bisher nicht gesehene Höhen getrieben, in Westeuropa und Japan wird dieser Anteil noch übertroffen.

Der Grund für diesen Staatsinterventionismus liegt darin, dass sich zum einen die USA in den 1940er Jahren keine Wirtschaftskrise in Form von 1929 leisten können, dass sie zum zweiten durch ihre militärischen Interventionen zuerst in Korea und dann in Vietnam gezwungen sind, die Kriegsproduktion anzuheizen. Schlussendlich bietet der Staatsinterventionismus die notwendige Bedingung für eine erfolgreiche dauerhafte Einbindung der Führung der ArbeiterInnenorganisationen in die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

Der Anteil des Staates an der Wirtschaftsaktivität geht in den 50er Jahren noch einmal drastisch über das Level des New Deals hinaus. Der Staatsinterventionismus ist dabei gar nichts Neues: er setzt die Politik der Kriegswirtschaft fort, die die USA im ersten und im besonders im zweiten Weltkrieg eingeschlagen haben. Während des zweiten Weltkrieges befand sich die Hälfte der wirtschaftlichen Aktivität der USA unter der Leitung des Staates. Was Anfang der 50er Jahre passiert ist einfach eine teilweise Übertragung der Kriegswirtschaft auf Friedenszeiten: Es ist durchaus wahrscheinlich, dass Lenin dieses System, dass nunmehr in den USA, und noch mehr in Japan und Deutschland entstand mit dem Begriff Staatskapitalismus titulierte hätte.

Als viertes Element der Stabilitätspolitik der USA muss noch die Politik des offenen Handels genannt werden, die eng mit den Bretton Woods Abkommen verbunden ist. Wenn auch am Beginn das Bretton Woods- Abkommen der USA entgegenkam, beispielsweise, indem es den Dollar als Weltwährung verankerte, so widersprachen in der Praxis die fixen Wechselkurse immer mehr den Interessen der USA, wie wir in der Folge noch sehen werden. Dass die USA zu ihrem eigenen Schaden so lange an der Politik der fixen Wechselkurse festhielt muss auch als Teil ihrer breiteren Eindämmungsstrategie gesehen werden, Stabilität in den Zentren der kapitalistischen Welt aufzubauen.

Die Last der Weltherrschaft: Die USA fallen zurück – Die 50er Jahre

Bereits Mitte der 50er Jahre machen sich bereits die Früchte der Politik der USA nach dem Krieg bemerkbar: Die USA fallen in eine Periode der Stagnation. Wir dürfen, wenn wir von der Stagnation der US- Wirtschaft in den 50er Jahren sprechen zu keiner Zeit vergessen, dass das Level von dem aus die Stagnation beginnt, außerordentlich hoch ist. Die USA sind der größte Gläubiger der Welt, mit über 50% der weltweiten Goldreserven in Ford Knox, es herrscht Vollbeschäftigung und der Wohlstand der amerikanischen ArbeiterInnen erreicht ein nie da gewesenes Ausmaß. Trotzdem beginnen sich ernstzunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuzeichnen.

Zum einen ist der intakte Kapitalstock den die USA aus dem Krieg mitgenommen haben veraltet und nicht auf dem neuesten Stand. Ganz im Gegensatz dazu wird der deutsche Kapitalstock mit den neuesten Maschinen erneuert. Die Löhne sind in den USA um ein vielfaches höher als in Westeuropa und in Japan. In diesem Zusammenhang liegt die Profitrate in Deutschland und in Japan höher als in den USA.

Die massiven Rüstungsausgaben rund um den Koreakrieg können die USA Wirtschaft nur ganz kurze Zeit ankurbeln. Sie führen eher zu einer Befruchtung der Konjunktur in Europa und in Japan, als in den USA selbst, wo nach einem Jahr schnellen Wachstums eine Stagnationsperiode beginnt, die für die ganze Nachkriegszeit bis zu den 70er Jahren einzigartig ist.

Nach Kriegsende 1945 als der Staat auf Grund des Endes der Kriegswirtschaft begann sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen droht überhaupt ein erneuter Absturz in die Depression. Der Anteil der Staatsausgaben an der Wirtschaft geht 1944 – 1947 von 47,9% auf 14,9% zurück.. 1945 – 1947 schrumpfte in der Folge die US Wirtschaft jedes Jahr um -4,33 %, im Jahr 1946 alleine sogar um -11 %.

Durch einen nachfrageseitigen staatlichen Impuls und einer neuerlichen Erhöhung der Staatsausgaben auf 17,5% im Jahr 1949 kann gerade noch verhindert werden, dass die US-Wirtschaft nach 1945 in eine neuerliche Depression abstürzt.

Gleichzeitig brachte man aber die periodischen Überproduktionskrisen nicht zum verschwinden. Nach 1949 kam die nächste Rezession 1954 und gipfelte dann in der Rezession von 1958. Der Zyklus 49- 58 war dabei um einiges schwächer als der Zyklus von 49 bis 54. Auch der Zyklus 58 – 62 schien nach dem selben Muster zu verlaufen und weiter abzuschwächen. Erst 1962 begann sich das Muster des Zyklus zu verändern.

Zwischen 1950 und 1952 fand die größte Expansion des Staates in der US- amerikanischen Geschichte statt. Die staatlichen Ausgaben stiegen von 15,9% Anteil am BIP im Jahr 1950 auf 23,3 % im Jahr 1952 . Trotzdem kann nicht verhindert werden, dass die US- Wirtschaft zwischen 1952 und 1961 in einen Zustand der Stagnation verfällt: Das Durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum beträgt in diesen Jahren 2,96 %. Lediglich in den Jahren der staatlichen Expansion selbst, also 1950 und 1951 kommt es zu hohen Wachstumsraten (8,7/7,7%).

Was ist die Grundlage dieser Stagnation?

Zum einen haben sich die USA durch ihre Eindämmungspolitik gegen den Kommunismus mächtige Konkurrenten in Form von Deutschland und Japan hochgezüchtet, die vor allem in den 50er Jahren beginnen den amerikanischen Markt anzubeißen.

Zum anderen generieren die hohen Staats- und Rüstungsausgaben, zwar Nachfrage, sie verbessern aber die Profitsituation der USA nicht. Auf diese Weise liegen die Profite in Prozent des Kapitalstocks 1951 bei 4,2% und 1958 bei 3%, gehen also bei gleichzeitiger massiver Expansion der Staatsausgaben um über 25% zurück. Wenn man die Profitrate der Rezession 1954 mit der Rezession 1958 vergleicht kommt man immer noch auf einen Fall der Profitrate von 3,4% auf 3% und daher von - 9,1 %.

Auf Grund der schlechten Profitsituation führen die erhöhten Staatsausgaben nicht zu einer Ankurbelung der Investitionen. Von der Erhöhten Nachfrage profitieren hingegen die Länder in denen die Profitsituation besser ist, Deutschland und Japan.

Was wir in der Phase 1945 bis 1961/62 in den USA beobachten können ist das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate und die Fortexistenz des Konjunkturzyklus.

Die massive Erhöhung der Staatsausgaben, kann nicht nur die Profitsituation nicht verbessern, sie verschlechtert sie sogar. Denn die erhöhten Steuern, die die Staatsausgaben finanzieren sollen, drücken weiter auf die Profitrate.

Europa und Japan hohlen auf!

Allgemein betrachtet ist die Weltwirtschaft 1950 – 1973 in einer sehr guten Verfassung. Die Dynamik, die in den 50er Jahren in den USA zu fehlen scheint, hat sich lediglich nach Westeuropa und Japan verschoben, wo ein ungeheurer Aufholprozess stattfindet.

Der Aufholprozess kann stattfinden, weil einerseits die Löhne in Deutschland und in Japan unglaublich niedrig sind und andererseits, weil vor allem Deutschland, zu einem gewissen Grad aber auch Japan durch die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges, die neueste und effizienteste Maschinerie in Gang setzen können.

Auf diese Weise beginnt Deutschland in den 1950er seinen Aufschwung mit den welthöchsten Profitraten, Japans Profitrate steigt bis in die 60er Jahre dramatisch an, weil seine Exportprodukte in der internationalen Wertkette nach oben schnellen. Ein immer größerer Teil der Weltprofite wird von Japan und Deutschland erobert.

Um die Situation in Deutschland 1951 zu verstehen, muss man sich veranschaulichen, dass das Lohnniveau 80% von 1938 betrug und die Produktivität bereits wieder 95% von 1938. Damit standen die Arbeitskosten in Deutschland bei 64% des Niveaus der USA.

Wenn zwischen 1948 und 1950 die Produktivität um 50% stieg, erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Löhne lediglich um 0,25%. (BRENNER; (2006), S 63 ff)

Zu dieser Zeit war Keynesianismus, die unumstritten vorherrschenden Wirtschaftsdoktrin. Es ist hier klar ersichtlich, dass diese Art von Keynesianismus entgegen den landläufigen Vorurteilen zum Keynesianismus auf einer Einschränkung des Massenkonsums beruhte. Der Staatsinterventionismus war massiv, aber gemäß den Empfehlungen von Keynes selbst auf den Investitionssektor konzentriert. Über die Banken und die verstaatlichte Industrie wurde bewusst eine Exportindustrie hochgezüchtet, um Profite am Weltmarkt zu erringen. Auch die Vollbeschäftigung war niemals primäres Ziel des deutschen oder japanischen Keynesianismus: Zwischen 1948 und 1950 stieg die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland von 4,5% auf 12%.(BRENNER; (2006), S 63 ff) Die Idee war die folgende: Löhne drücken, Investitionen ankurbeln, Profite steigern, Wettbewerbsvorteile am Weltmarkt erringen und dadurch Lohnerhöhungen und Vollbeschäftigung möglich machen, nicht umgekehrt, wie es uns heute so mancher nostalgischer Konsumentennachfrageorientierter Keynesianer weis machen möchte.

Der Exportindustrie, allen voran der Autoindustrie, wurden zum einen Billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, und zum anderen durch die Banken nahezu zinslose Kredite. Die Banken kombinierten eine allgemeine Hochzinspolitik mit einer

Niedrigzinspolitik für die exportorientierten Monopole. Kapitalströme wurden vom Staat massiv in strategisch wichtige Sektoren gelenkt. Auch der Japanische und Deutsche Staatsinterventionismus ist ein Resultat der Kriegswirtschaft. Die selben Konzerne, die vorher staatlich unterstützt wurden, um im Blitzkrieg die Steppen Russlands und die Urwälder Südostasiens zu erobern, sollten jetzt im Exportkrieg der USA Marktanteile abluchsen.

In den 1950er Jahren stieg der Anteil Deutschlands an den verarbeiteten Exporten der Industrieländer von 7,3% auf 19% ((BRENNER; (2006), S 63 ff)). In Japan wuchsen die Exporte zwischen 1951 und 1965 auf einer jährlichen Rate von 15%. (BRENNER, (2006) S 89)

Japan, Deutschland und die USA kämpfen um den Profitkuchen:

In den 60er Jahren können die USA wieder an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan und Deutschland gewinnen. Durch die Rezession von 1958 kann das Wachstum der Reallöhne eingedämmt werden. Robert Brenner sieht hier zwischen 1958 und 1961 in einer Reihe von Streikniederlagen einen fundamentalen Wandel im Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. (BRENNER, (2006), S 58ff) Die Offensive der US- Arbeiterklasse der 50er wurde gestoppt. Gleichzeitig begann während der 50er Jahre bereits die deutsche Profitrate zu sinken. Durch die Massiven Investitionsraten verschlechterte sich die Effizienz des Kapitalstocks, der tendenzielle Fall der Profitrate machte sich sichtbar. Hinzu kam, dass Deutschland gezwungen war, die Mark aufzuwerten, da der Dollar durch ein steigendes Außenhandelsdefizit der USA und durch eine Zinssenkung in den USA 1960 unter Druck kam. Die USA begannen das System der fixen Wechselkurse in Frage zu stellen, weil es ihre wirtschaftliche Überlegenheit unterminieren musste.

Wenn zwischen 1960 und 65 die USA besser dastanden, so holten Japan und Deutschland zwischen 1965 und Anfang 1970er Jahren wieder auf. Am Ende dieses Kampfes um die Wettbewerbsfähigkeit steht aber die simultane Krise aller Industrieländer im Jahr 1974.

Die Krise von 1974 ist als Ölpreis Schock in die Geschichte eingegangen. Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass das Öl nicht die Ursache der allgemeinen Profitkrise war, sondern nur der Transmissionsriemen der die allgemeine Profitkrise in eine allgemeine Weltwirtschaftskrise verwandelte.

In den USA ist bereits 1970 ein erster Tiefstand der Profitrate erreicht, die seit 1965 von 4,55% auf 2,93 % um 35,6% gefallen ist.

Vor 1970 bestimmt scheinbar hauptsächlich die aktuelle Wettbewerbssituation den Zustand der nationalen Profitrate. 1974 wird offenbar, dass die Profitsituation insgesamt schlechter geworden ist, dass der Kuchen, um den gerangelt wird in seiner Gesamtheit gehörig geschrumpft ist. Das Problem, das bisher zwischen der Akteuren der Weltwirtschaft hin und hergeschoben wurde, entwickelt sich jetzt zu einem allgemeinen Krisenzustand der Weltwirtschaft. Zwischen 1960 und 1965 steigt beispielsweise die US- Profitrate ganz ansehnlich, aber nur um dann bis 1970 umso dramatischer zu sinken. Der kurze Boom der US Wirtschaft zwischen 60 und 65, ist nur auf einen kurzfristigen Wettbewerbsvorteil gegen Deutschland zurückzuführen und verschleiert auf diese Weise einen Prozess, der die ganze Zeit unter der Oberfläche seine Wirkung entfaltet hat: den tendenziellen Fall der Profitrate. Die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals hat nicht nur in den USA, sondern auch in Japan und Deutschland zu einem dramatischen Fall der Profitrate geführt. Japan und Deutschland, die Wirtschaftswunderländer der 50er und 60er Jahre werden sogar noch größere Schwierigkeiten als die USA haben, diese strukturelle Krise ab 1974 zu überwinden.

Das Bretton Woods Abkommen zerfällt:

Der Aufholprozess von Japan und Deutschland gegenüber der USA macht es immer unvorteilhafter für die USA, das System der fixen Wechselkurse aufrechtzuerhalten. Unter normalen Bedingungen erzeugt ein steigendes Außenhandelsdefizit der USA und ein Außenhandelsüberschuss von Deutschland und Japan eine Abwertung der US- Währung und eine Aufwertung von DM und YEN. Eine Abwertung des Dollars würde die Wettbewerbsfähigkeit der USA gegenüber Japan und Deutschland verbessern und deren Exportoffensive zumindest teilweise zum Erliegen bringen.

Unter den Bedingung des fixen Wechselkurses kann eine erhöhte Nachfrage nach DM dessen Wert nicht steigern. Die Notenbank muss in diesem Fall die Geldmenge erhöhen um den Wert der DM konstant zu halten. Dies bringt Vorteile für die Exportnation, die ungehindert durch Aufwertungsprozesse in den feindlichen Markt eindringen kann.

Ist die Währung einer Exportnation durch einen fixen Wechselkurs an die Währung eines Importlandes gebunden und ist die Währung des Importlandes auf Grund eines steigenden Außenhandelsdefizit überbewertet und vielleicht auf Grund einer Niedrigzinspolitik zusätzlich mit Inflation behaftet, dann kann dies aber auch zu einem Problem für das Exportland werden. Es kommt in diesem Fall zum Problem der "importierten Inflation". mehr und mehr Dollars fließen in Yen und DM. Die Notenbanken müssen statt den Preis von

DM und Yen die Geldmenge erhöhen um die Wechselkurse fix zu halten und es kommt zu Inflation auch im Inland. Bereits 1960 und 1969 musste Deutschland aufwerten, Japan entschied sich dafür die Inflation zu importieren.

Es ist nicht so, dass es den USA gefiel Inflation zu exportieren. Immer wieder, so auch 1968/69 versuchten sie durch hohe Zinsen und Nachfrageeindämmung, die Flucht aus dem Dollar und das Außenhandelsdefizit einzuschränken. Aber die sich verschlechternde Wirtschaftliche Situation schlussendlich die Rezession von 1970 zwangen die USA dazu eine Keynesianische Politik einzuschlagen. Die expansive Fiskal und Geldpolitik musste das Außenhandelsdefizit weiter erhöhen und die Inflation anheizen, was eine direkte Herausforderung des Systems der fixen Wechselkurse bedeutete. Mit dem Schlachtruf "We are all Keynesians now!" signalisierte Nixon, dass er keine Verantwortung für exportierende Inflation mehr übernehmen würde. Deutschland und Japan sollten zur Aufwertung gezwungen werden, und auf diese Weise würde die USA seine Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten seiner Handelspartner zumindest teilweise wieder herstellen können. 1971 nachdem Nixon die Goldbindung des Dollar aufgab und neue fiskalische Konjunkturankurbelungspakete schnürte, wurden Japan und Deutschland zur Aufwertung gezwungen. Trotz dieser Aufwertung führten die USA ihre Politik der exportierten Inflation und der keynesianischen Konjunkturpakete fort. Zwischen 1969 und 1972 verdoppelten sich die Geldreserven der Welt und stiegen damit in drei Jahren soviel wie noch nie in der gesamten bekannten Wirtschaftsgeschichte. 1973 beschloss man eine weitere Abwertung des Dollars, aber dieses Mal gaben die USA von vorne herein bekannt, dass sie sich zu nichts verpflichtet fühlen würden, um den fixen Wechselkurs zu halten. Damit zwangen sie Deutschland und Japan entgültig, vom fixen Wechselkurs abzuweichen.

Der Mythos Bretton Woods:

Rund um das fixe Wechselkursabkommen von Bretton Woods ranken sich vor allem in der "globalisierungskritischen" Linken viele Mythen. Erst durch das Abweichen vom fixen Wechselkursregime sei der Neoliberalismus entfesselt worden. Die Kapitalströme seien von da an auf den Finanzmarkt gelenkt worden und die Spekulation hatte freie Bahn. Diese Sicht wurde vor allem dadurch genährt, dass immer wieder Krisen in Volkswirtschaften durch Währungsspekulationen ausgelöst wurden, wie in Mexiko 1993 und während der Asienkrise 1997. Die selben ÖkonomInnen, die das Zeitalter der fixen Wechselkurse als "Goldenes Zeitalter" verehren, sind meist auch Anhänger des Keynesianismus.

An dieser Stelle müssen wir darauf hinweisen, dass diese Sichtweise von Widersprüchen nur so strotzt. In Wirklichkeit sind die fixen Wechselkurse immer dann gefährdet worden, wenn die USA eine Politik der fiskalischen und monetären Staatsintervention einschlugen, nach der Rezession von 1958 und 1970 und nach der Konjunkturflaute von 1967. Den fixen Wechselkurs zu stabilisieren bedeutete für die USA jedes Mal, eine Sparpolitik und eine Hochzinspolitik einzuschlagen. Dies war nach der Rezession von 1970 schlichtweg nicht mehr möglich. Das System der fixen Wechselkurse hätte sich nur retten lassen, wenn die USA 1973 auf eine Hochzinspolitik gesetzt hätten, eine tiefe Rezession in Kauf genommen hätten und die Nachfrage und damit die Importe und das Außenhandelsdefizit gedrosselt hätten. In Wirklichkeit war gerade der Keynesianismus, den die USA besonders zwischen 1970 und 1981/82 einschlugen der Grund für das Scheitern der fixen Wechselkurse. Das Deregulieren der Finanzmärkte und die Abkehr von der Investitionssteigernden Orientierung in der Wirtschaftspolitik hin zu einer Profitratenorientierten Orientierung passierte erst nahezu 10 Jahre nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods und hatte damit wenig zu tun.

Es ist auch sicherlich nicht wahr, dass Spekulanten auf den Währungsmärkten schuld am Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften sind. Hinter den Krisen dieser Volkswirtschaften, beispielsweise der asiatischen Tigerstaaten lag immer eine Krise der realen Ökonomie. Selbst die intelligenteste bürgerlichen Ökonomen wie Paul Krugmann haben erkannt, dass im Fall der Tigerstaaten, die hohen Investitionen bei einer schlechten Kapitalproduktivität Schuld an der Krise hatten, was ein anderer Ausdruck für den tendenziellen Fall der Profitrate ist.

Der Einbruch der Profitrate, brachte die Dollarflüsse nach Asien zum Versiegen, die Währungen mussten abwerten, Kredite wurden durch die Kreditkrise faul und die Dollarschulden konnten nicht mehr zurückbezahlt werden.

Die Spekulation kann immer nur der Auslöser einer Krise sein. Ohne eine Krise der realen Ökonomie und eine bereits angeschlagene Währung kann eine einzelne Spekulationsattacke nicht zum Ziel führen. Nichts desto trotz war der Zusammenbruch des fixen Wechselkurssystems ein Symptom für eine tieferliegende allgemeine Krise der Volkswirtschaft. Er drückte vor allem aus, dass die USA nicht mehr wie bisher in der Lage waren, den Aufbau der westlichen Welt mitzufinanzieren. Sie mussten ihre eigenen Interessen wieder in den Vordergrund rücken. Damit wurde aber zum einen die Krise der US-Volkswirtschaft nur hinausgeschoben, Japan und Deutschland, und damit ganz Westeuropa wurden in eine tiefen Krise geworfen, aus der sie sich lange nicht erholen sollten.

Den Zusammenbruch von Bretton Woods für die Krise verantwortlich machen bedeutet einen Ausdruck der Krise mit ihrer Ursache zu verwechseln.

Die Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und die Weltwirtschaftskrise von 1974

Die marxistische Wirtschaftstheorie zeichnet sich dadurch aus, dass sie die wirtschaftliche Dynamik aus der Entwicklung der Profitrate erklärt, das heißt aus dem Verhältnis des Kapitalstocks zu den Profiten. Zeichnen wir die Entwicklungstendenzen seit 1929 kurz nach.

In den goldenen Zwanziger Jahren führte der Investitionsboom in den USA zu einer massiven Expansion des Kapitalstocks und zu einem Einbruch der Profitrate 1929. Die Depression zwischen 1929 und 1934, in der ein massiver Teil des Kapitalstocks vernichtet wurde, stellte die Profitrate wieder her. Nach dem Boom ab 1934 folgte 1938 wieder eine Rezession. Die Kriegskonjunktur zwischen 1939 und 1944 führte wieder zu einer Verschlechterung der Profitrate. Auf diese Weise war die Profitsituation in den USA in den 50er Jahren gar nicht so rosig. Die Rezession von 1958, die schwachen Investitionen in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, der Angriff auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen, bereiten gemeinsam mit einer sich verändernden Handelspolitik der USA und mit dem Vietnamkrieg noch einmal eine Erholung der Profitrate vor, die die Grundlage für einen Profitgetriebenen Boom zwischen 1961 und 1970 bildet. Wiederum expandiert der Kapitalstock massiv. Nach diesem massiven Boom ist die Profitrate entgültig am Boden.

Deutschland beginnt die 50er Jahre mit einer unglaublich hohen Profitrate, die jedoch langsam fast linear absinkt und in den 70er Jahren ebenfalls am Boden anlangt. Der Grund ist wiederum die massive Expansion des Kapitalstocks. Das dramatischste Beispiel ist jedoch Japan. Dort ist die Profitsituation in den 50er und 60er Jahren konstant enorm gut bis es in den 70er Jahren zu einem massiven Einbruch der Profitrate kommt, wiederum gerieben von der vorangehenden Expansion des Kapitalstocks.

Das besondere Kennzeichen der 70er Jahre und der Krise von 1974 ist, dass jetzt alle industriellen Kernländer parallel in der Krise sind. Es ist nicht mehr so wie in den 50er oder 60er Jahre, dass ein Land auf Kosten eines anderen expandiert, Deutschland auf Kosten von den USA oder umgekehrt, nein, die Weltprofitrate in ihrer Gesamtheit gerät in eine Krise.

Dass dabei der Ölschock der Auslöser ist, darf nicht verwundern. Ein Anstieg des Kapitalstocks führt vor allem auch zu einem gesteigerten Rohstoffverbrauch. Während die Verbilligung der Maschinerie der Erhöhung der Maschinenanzahl entgegenwirken kann, sind Rohstoffe wie Öl natürlich begrenzt vorhanden. Auf diese Weise nennt Marx bereits im dritten Band des Kapitals die Knappheit der Rohstoffe, als einen Hauptgrund, warum der

tendenzielle Fall der Profitrate durch die Verbilligung der Maschinerie verzögert aber nicht aufgehalten werden kann. In den 70er Jahren schlugen die meisten Regierungen eine Politik des Deficit Spending und des billigen Geldes ein, die verhindert, dass sich die Rezession voll entfalten kann. Auf diese Weise bleibt der Kapitalstock ineffizient und überakkumuliert und die Profitrate sinkt weiter ab. Erst in den 80er setzten sich die KapitalistInnen wieder das Ziel die Profitrate massiv zu erhöhen. Dies können sie aber nur tun indem sie den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse herausfordern und die soziale Stabilität im Inland und Ausland in Frage stellen.

Das Jahrzehnt der Keynesianischen Krise 1970 bis 1982:

Nach der langen Zeit positiven Wachstums ab 1958 stürzen die USA erst 1970 wieder in eine Rezession. Jetzt beginnt die Phase in der die USA versuchen durch Keynesianische Politik einen Ausweg herbeizuführen. Eine Politik des Defizitpending wird verknüpft mit einer Niedrigzinspolitik. Zwischen 1971 und 1982 beträgt das Budgetdefizit durchschnittlich -1,23% im Vergleich zu 1950 bis 1970 +1,32 %. Zwischen 71 und 82 war das Budget nur 2 mal positiv. In den 20 Jahren davor nur zwei Mal negativ.

Die Politik des Keynesianismus konnte zwar immer wieder die Wirtschaft ankurbeln, nach ein paar Boomjahren stellte sich jedoch die sofort Rezession wieder her, und zwar tiefer und länger als in der Vergangenheit. So kommt es nach der Konjunkturankurbelung 1971 zu einem dreijährigen Wachstum, das aber gleich wieder in einer zweijährigen Rezession 1974/75 mündet. Nach dem mit - 4,07 % Budgetdefizit wieder ein Konjunkturpaket geschnürt wird, kommt die Wirtschaft wieder für vier Jahre hoch um 1980 bis 1982 in einer neuerlichen dreijährigen Krise zu münden. Dazu muss gesagt werden,, dass 1981 bereits der Monetarismus einsetzt und die Zinssätze scharf angehoben werden, um die ausufernde Inflation in den Griff zu bekommen.

Der Hauptgrund, warum, die keynesianische Politik in den 70er Jahren immer wieder in eine lange und tiefe Rezession führt, ist die, dass die Krise der Profitrate nicht gelöst werden kann. Wenn wir die Profitrate in Rezessionszeiten vergleichen, haben wir eine Profitrate von 2,9% 1970, 2,6% 1975 und 1,9% 1982. Das bedeutet während der keynesianischen Expansion einen Profitratenfall von 34%.

Die andauernde lockere Geld- und Fiskalpolitik simuliert selbst während der Rezessionen die Rahmenbedingungen eines Wirtschaftsbooms. Auf diese Weise ist die Rate der Firmenpleiten sehr niedrig, die ineffizientesten Teile des Kapitalstocks scheiden nicht aus, das Kapital

entwertet sich kaum, oft zählt auch bei Neuinvestitionen mehr die Quantität als die Qualität. Dies trug zu einer ganz schlechten Entwicklung der Produktivität bei und führte zudem dazu, dass die negative Wirkung der Investitionen auf Kapitalstock und Profitrate verstärkt wurden. Deshalb haben wir in den 70er Jahren nachfrageinduziert teilweise kurzfristig ganz hohe Investitions- und Wachstumsraten, die jedoch sehr schnell versiegen und zu einer neuen Rezession führen. Wenn das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der 70er sogar höher als das der 80er und 90er und 2000er ist, so ist die Profitrate und die Produktivitätswachstumsrate wirklich einzigartig niedrig.

Das bedeutet, dass die staatlich induzierte Nachfrage verbunden mit der Niedrigzinspolitik wiederholt nicht zu einer nachhaltigen Ankurbelung der Konjunktur führte. Die Investitionswelle erfolgte zwar regelmäßig, brach aber ebenso regelmäßig relativ schnell wieder in sich zusammen. Die Folge war jedes Mal ein drohendes Ausufern der Inflation.

Die expansive Geld- und Fiskalpolitik erhöhte die Nachfrage, auf Grund der schlechten Profitsituation, brachen aber die Investitionen immer wieder schnell in sich zusammen. Das bedeutet, dass der Erhöhung der Nachfrage nicht eine Erhöhung des Angebots im selben Ausmaß nachfolgte, was in einer Preissteigerung resultieren muss. Das gleiche Phänomen kann auch so interpretiert werden, dass Unternehmer auf die steigende Nachfrage lieber mit Preissteigerungen reagierten als mit Investitionen, da die Profitratensituation so schlecht war.

Der zweite Grund für die explodierende Inflation lag in der Geldmengensteigerung, die aber nicht zu einer notwendigen Steigerung des BIP führte. Dadurch erhöhte sich die Geldmenge im Vergleich zu den zirkulierenden Warenwerten. Wiederum ist das Resultat eine Preissteigerung, also Inflation.

Weil also der gewünschte Effekt der Konjunkturankurbelung ausbleibt, kommt es sowohl durch die expansive Geldpolitik, als auch durch die expansive Fiskalpolitik zu Inflation.

Regelmäßig explodiert gerade in der Rezession, das bedeutet in einer Phase, in der es normalerweise zu Preissenkungen zu Deflation kommt, die Inflation auf 9 % und mehr (1980, 1975 und 1974). Der Grund liegt darin, dass gerade in Rezessionen das Angebot und die Zirkulation der Waren eingeschränkt werden, während aber bei expansiver Geld- und Fiskalpolitik die Nachfrage und der Geldumlauf hochgehalten wird.

Der Grund warum, die Investitionen 1970 – 1982 zu so einem rapiden Absinken der Profitrate führten, liegt darin, dass der Kapitalstock wuchs, ohne dass sich die Produktivität dementsprechend verbesserte. Normalerweise führen Rezessionen dazu, dass die Unproduktivsten Elemente des Kapitalstocks abgeschrieben werden, beispielsweise durch Pleiten. Durch die Politik des billigen Geldes und der künstlich hochgehaltenen Nachfrage

können auch die unproduktivsten Teile des Kapitalstocks im Markt bleiben. Rezessionen werden auf diese Weise einfach übertauscht. Der neue Aufschwung wird eingeleitet, ohne, dass die Rezession gegenüber dem überakkumulierten Kapitalstock ihre reinigenden Kräfte entfalten konnte. Unter solchen keynesianischen Rahmenbedingungen werden die unproduktivsten Teile des Kapitalstocks nicht nur in Rezessionen nicht aus dem Markt gedrängt, sie werden in Boomzeiten sogar dazu gedrängt weiter zu expandieren. Auf diese Weise endet jeder Boom in einer schlimmeren Krise als der vorherige.

Wäre die Politik zwischen 1970 und 1981 fortgesetzt worden, dann hätte dies unweigerlich in eine totale Profitkrise führen müssen. Ohne Profite kann der Kapitalismus nicht weiterexistieren. Eine Weiterführung dieser Politik hätte den Kapitalismus selbst gefährdet.

Neben dieser Profitkrise war ein weiteres Problem die ausufernde Inflation. Die Inflation ist zum einen ein Problem für das Finanzkapital, da gespartes Vermögen entwertet wird. Zum anderen birgt die Inflation ab einer gewissen Änderungsrate und Höhe immer die Gefahr in sich, zu explodieren. Dies deshalb, weil Firmen ihre Preissetzung von der generellen Inflationserwartung, also der Preissetzung aller anderen Firmen abhängig machen. Auf diese Weise können sich die Preise gegenseitig hochschaukeln. Eine explodierende Inflationsrate führt aber zu einer Zerrüttung der wirtschaftlichen Beziehungen. Wie hoch die Gefahr einer explodierenden Inflation tatsächlich war, sieht man daran, dass die Inflation von 1980 bis 1981 noch einmal von 9,1 % auf 9,4% anstieg, obwohl die nominalen Zinsen im selben Zeitraum von 8,5% auf 12,8% erhöht wurden, und damit auf den mit Abstand höchsten Stand der Nachkriegszeit. Man kann daraus fast schließen, dass es ohne diese Hochzinspolitik zu Hyperinflation in den USA gekommen wäre, in Zusammenhang mit der schlechten Profitsituation möglicherweise zu einer Depression.

Es gab also drei Gründe warum 1982 eine Abkehr von der keynesianischen Politik passierte:

1. Die Krise der Profitrate
2. Das Finanzkapital begann gegen die hohe Inflation zu rebellieren
3. eine allgemeine berechtigte Angst vor einer explodierenden Inflation

Der Neoliberale Turn:

In den 80er Jahren kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik: Der "Neoliberalismus" begann sich durchzusetzen. Wenn man von aller Ideologie absieht, die in

der Praxis nicht viel wert ist, handelt es sich beim Neoliberalismus im Kern nur um eines: Um die Wiederherstellung der Profitrate mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Wiederum sind politische Gründe ausschlaggebend für den Paradigmenwechsel: Die Neoliberale Offensive konnte beispielsweise Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre als sich die Krise das erstmal offenbarte nicht gestartet werden, weil das erste Resultat der Krise in einer weltweiten politischen revolutionären Welle lag: Revolution in Frankreich 68, in Italien 69, in Griechenland, Spanien und Portugal, starke Gewerkschaften in den USA und Großbritannien verunmöglichten den KapitalistInnen diesen Ausweg aus der Krise. Deshalb musste der keynesianische Weg eingeschlagen werden: Erst nach der Niederlage des Bergarbeiterstreiks in Großbritannien, des Fluglotsenstreiks in den USA und nach der Niederlage der FiatarbeiterInnen in Italien konnte die neoliberale Offensive wirklich beginnen. Wirklich Intensivieren konnte sich die kapitalistische Offensive nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre.

Wiederherstellung der Profitrate soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden.

1. Ausdehnung und Intensivierung der Arbeitszeit
2. Senkung der Löhne, Lohnnebenkosten und Sozialleistungen
3. Privatisierung von bislang nicht-profitproduzierenden Sektoren der Wirtschaft (Pensionen, Versicherungen, Staatsbetriebe, Gesundheit, Grundversorgung, Bildung, Infrastruktur)
4. Senkung der Investitionsrate zur Steigerung und Erhaltung der Effizienz des Kapitalstocks. Das Absinken der Profitrate in der Akkumulationsphase soll verhindert werden.
5. Liberalisierung des Welthandels zur Senkung der Rohstoffpreise und zur Schaffung von Absatzmärkten und Privatisierungsmöglichkeiten
6. Steuersenkungen: Vor allem Senken der Steuern für Profite, aber auch Senken der Lohnnebenkosten.
7. Zulassen eine gewissen Mindestarbeitslosigkeit um die Kampfkraft der ArbeiterInnenklasse zu schwächen.
8. Massive Ausdehnung der Subventionen der Kapitalbesitzer durch den Staat.
9. Erhöhung der Zinsen und damit der Profite des Finanzkapitals.
10. Deregulierung der Finanzmärkte, um der Schwemme an überschüssigem Kapital Anlagemöglichkeiten in Form von Spekulationsblasen zu bieten. Generelle Förderung der Drift des Industriekapitals in die Sphäre des Finanzkapitals.

Keinesfalls darf man glauben, dass in dieser Phase expansive Fiskalpolitik oder expansive Geldpolitik gar nicht mehr vorkommen. Das Budgetdefizit erreicht sein All Time High erst im Jahr 1984 mit $-4,75\%$. Auch 1993 ist das Budgetdefizit mit $-4,68\%$ höher als zu irgendeinem Zeitpunkt in den 70er Jahre. 2004 steigt das Defizit auf $-3,58\%$, ein Wert der in den 50er und 60er undenkbar war und in den 70er Jahren nur 1976 einmal überschritten wurde. Allgemein muss festgehalten werden, dass das Budgetdefizit in der neoliberalen Phase ab 1983 – 2007 im Durchschnitt höher ist als in den 50er in den 60er oder sogar in den 70er Jahren. Auch die Zinsen sind abgesehen von kurzen Phasen der Hochzinspolitik mit den Höhepunkten 1984, 1989/90, und 1995 und 2000 in den USA im allgemeinen eher niedrig.

Es wird jedoch immer darauf geachtet, dass die Inflation nicht über 3% steigt.

Interessant ist, dass in der "neoliberalen" Phase der USA die Erhöhung der Geldmenge sowie die expansive Fiskalpolitik in der Wirtschaft nicht mehr im selben Ausmaß wie in vergangenen Zeiten zu einer Ankurbelung der Investitionen führen. Nicht nur das: Auch die sich Wiederherstellende Profitrate führt nicht zu Investitionswellen wie in der Vergangenheit. Der Grund dürfte darin liegen, dass der Sektor des Finanzkapitals anfängt in einer ungeheuerlichen Art und Weise zu expandieren. Auf diese Weise entsteht ein Sog, der einen Großteil der Profite in Richtung Finanzmärkte zieht und dadurch von produktiven Investitionen weglenkt.

Auf diese Weise führt ein Senken der Zinsen oder ein Steigen der Profite nicht mehr im selben Ausmaß wie in der Vergangenheit zu Investitionsbooms, das überschüssige Kapital sucht auf der "schiefen Bahn der Spekulation" nach einer Anlage.

Warum sind die Finanzmärkte plötzlich so lukrativ geworden? Zum einen, weil bis Mitte der 90er Jahre die Profitsituation im Herstellungssektor trotz leichter Besserungen noch immer miserabel ist, und weil selbst in der absoluten Boomspitze 1997 die Profitrate von $3,8\%$ nicht überschritten werden kann, ein Wert der $18,4\%$ unter der Profitrate des Spitzenjahres 1966 liegt.

Zum anderen, weil der Staat bewusst die Finanzmärkte profitabel gestaltet, um sein Ziel des Effizienten produktiven Kapitalstocks, der hohen Profite und der hohen Kernarbeitslosigkeit zu erreichen. Es ist in dieser Phase ein Ziel des Staates die Akkumulation zu bremsen, um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken und die Kampfkraft der ArbeiterInnenklasse zu schwächen.

Die Investitionen im Finanzsektor wurden durch Liberalisierungen, Deregulierungen, Erleichterungen und vor allem durch Steuerliche Vorteile erleichtert.

Schlussendlich führt die Expansion im Finanzsektor zu immer neuen Expansionswellen im Sinne der Bubble Economics. Entsteht einmal eine Blase am Immobilien-, Aktien-, Kredit- oder Rohstoffmarkt, dann zieht das immer mehr Kapital nach sich. Es ist zwar wahr, dass die Blasen immer wieder platzen, wie 2001 die Aktienmärkte und 2007 der Immobilienmarkt, bisher ist es jedoch durch massive staatliche Intervention in Form von expansiver Geld- und Fiskalpolitik immer wieder gelungen die Spekulationsblasen nach einem Platzen neu anzuheizen und sogar noch zu steigern. Brenner spricht in diesem Zusammenhang von Börsenkeynesianismus.

Auf diese Weise fließt ein riesenhafter Teil der Profite immer ab in einen Sektor der Wirtschaft, der wie ein Casino funktioniert und die Wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bubbles immer wieder hochgezüchtet werden können. Die Spielräume für expansive Geld- und Fiskalpolitik sind nicht unendlich hoch.

Ein weiterer Grund für die niedrigen Investitionsraten im produktiven Bereich trotz hoher Profite, ist die allgemeine Unsicherheit auf Grund der ständig sich vergrößernden weltweiten Ungleichgewichte zu denen wir noch kommen werden.

Hinzu kommt, dass die nominalen Zinsen in der Epoche des Neoliberalismus zwar niedrig sind, dass aber auf Grund der ebenfalls niedrigen Inflationsraten die Realzinsen aber relativ hoch sind. Auch das bremst die Investitionen.

Ein zusätzliches Kennzeichen des neoliberalen Paradigmas ist auch, dass Konsolidierungsaktivitäten, die normalerweise typisch für Rezessionen sind, wie Firmenaufkäufe und Übernahmen und Restrukturierungen, Aktivitäten, die den Kapitalstock entwerten und damit die Profitrate steigern, beginnen auch während der Boomzeiten zu dominieren. Gerade das Private Equity Geschäft hat genau solche Aktivitäten zum Hauptziel. Durch Private Equityfonds und Investitionen auf den Finanzmärkten lässt sich kurzfristiger zumindest für Großinvestoren sicherer Gewinn machen während Investitionen in die produktive Wirtschaft mit höherem Risiko verbunden sind.

Das bedeutet jedoch nicht, dass sich ein Land einfach den Finanzmärkten entziehen könnte. Ein Abfließen von Kapital auch wenn dieses in der Sphäre des Casinokapitalismus veranlagt ist, kann den produktiven Bereich eines Landes in den Abgrund reißen. Das Finanzkapital wirkt zwar heute oft wie ein parasitäres Krebsgeschwür, es darf aber nicht getrennt vom industriellen Kapital gesehen werden. Gerade reformistische UtopistInnen neigen dazu, die Finanzmärkte abgekoppelt von der Sphäre des produktiven Kapitals zu sehen und zu

verkennen, dass ein Umlenken und Regulieren der Finanzströme massive Auswirkungen auf die "produktive Wirtschaft" hat.

Beispielsweise könnte ein Abfließen von Finanzkapital aus den USA, den Dollar entgültig zum Zusammenbruch bringen und das Außenhandelsdefizit unfinanzierbar machen. Wenn auf Grund einer stärkeren Belastung des Finanzkapitals in den USA, arabisches Kapital abfließen würde, wäre die Folge, dass die USA, um den totalen Bankrott zu vermeiden, die Zinsen massiv erhöhen und damit erst recht jede industrielle Konjunktur abwürgen müssten. Hier soll nicht einem wirtschaftspolitischen Fatalismus im Sinne der Neoliberalen das Wort geredet werden, sondern einem revolutionären Realismus jenseits reformistischer Utopien : Wer immer gegen das Krebsgeschwür des Finanzkapitals zu Felde ziehen möchte, der muss einem Abfließen durch eine Verstaatlichung des Bank- und Finanzsystems zuvorkommen. Nicht Kosmetik sondern eine tiefgreifende Operation ist hier notwendig.

Die Krise des Neoliberalismus:

Durch die kapitalistische Offensive konnte die Profitrate zum Teil wieder hergestellt werden, auch wenn sie die Höhen der Nachkriegszeit nicht mehr erreichte. Die Wiederherstellung der Profitrate gelang aber nicht dauerhaft. Denn auch unter dem neoliberalen Paradigma stellten sich zwei alte Bekannte ein, die auch der Keynesiansismus nicht beseitigen konnte: Die periodischen Überproduktionskrisen und der tendenziellen Fall der Profitrate.

Auf diese Weise kommt es 1991 und 2001 zu Rezessionen. Nach dem im Vergleich zu den 70er Jahren kolossalen Profitboom der 90er Jahre fällt die Profitrate zwischen 1997 bis 2001, von 3,8% auf 2,7% um 29%. 2001 ist mit 2,7% die Profitrate auf dem selben Level wie im Weltwirtschaftskrisenjahr 1974. Der Neoliberalismus konnte also die Krise nicht lösen, im Gegenteil: Ein Grund für den Fall der Profitrate besteht sicherlich wiederum im Wachsenden Kapitalstock. Wir dürfen nicht vergessen, dass es auch in neoliberalen Booms zumindest in den USA in den 90er Jahren zu ansehnlichen Investitionen gekommen ist. Der Hauptgrund besteht aber in der Abnahme des industriellen Sektors und der Expansion der unproduktiven Sektoren, vor allem des Finanz, Immobilien und Versicherungssektors und der Marketingindustrie. Der entscheidende Punkt ist der, dass der unproduktive Sektor auf Grund seiner Beschränkung auf die Zirkulationssphäre, nicht zur Vergrößerung des gesamtwirtschaftlichen Mehrprodukts beiträgt. Er ist zwar hoch profitabel, bringt jedoch selbst keinen Profit hervor, sondern saugt diesen aus der produktiven Sphäre ab. Dieses Absaugen alleine kann den gesamtwirtschaftlichen Profitkuchen nicht verringern, weil es nur

zu einer Neuverteilung des Profittkuchen führt. Was aber den Profittkuchen tatsächlich verringert, sind die Ausgaben für die Löhne der Beschäftigten in den unproduktiven Sektoren. Diese Löhne müssen makroökonomisch betrachtet, aus den Profiten der produktiven Sektoren bezahlt werden. Dies ist der Hauptgrund für das Absacken der Profitrate in der Ära des Neoliberalismus. Immer wieder wird die Expansion des Dienstleistungssektors gegenüber dem industriellen Sektor als Reifungsprozess hingestellt. Es würde sich tatsächlich um einen Reifungsprozess handeln, wenn die Vergrößerung des Dienstleistungssektors tatsächlich im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und im Sozialbereich stattfinden würde. Leider handelt es sich bei der Vergrößerung des Dienstleistungssektor oft um Arbeitsplätze im Handel, und im finanzkapitalistischen Bereich, wo einfach keine zusätzlichen Gebrauchswerte geschaffen werden.

Der Rückgang des industriellen Sektors ist keinesfalls ein Reifungsprozess. Gerade vom Standpunkt des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung muss auf eine massive Beschleunigung der industriellen Entwicklung hingearbeitet werden.

Leute, die sich aus ökologischen Motiven gegen den Ausbau der Industrie generell stellen, verstehen nicht, dass gerade die Ökologisierung der Industrie einen massive eben umwelttechnische Investitionen in die Industrie und vor allem in die industrielle Forschung und Entwicklung notwendig macht. Das Ziel einerseits den Wohlstand für alle zu ermöglichen und gleichzeitig die Produktion dieses Wohlstands umweltfreundlich und Rohstoffsparend zu gestalten, erfordert, dass mehr Arbeitskräfte und mehr Kapital und nicht weniger von beiden in die technische und vor allem umwelt- technische Entwicklung gesteckt wird.

Das Hauptproblem beim Rückgang des Industriellen Sektors besteht darin, dass genau dort die Produktivitätssteigerungen erfolgen. Im Dienstleistungssektor sind Produktivitätssteigerungen fast nicht möglich. Das ist der Hauptgrund für die niedrigen Produktivitätszuwächse in den letzten 20 Jahren.

Der heutige tendenzielle Fall der Profitraten hat viel schlimmere Auswirkungen als in den 70er Jahre. Dies deshalb, weil heute die Reserven weitgehend erschöpft sind, die Profitraten zu steigern. Die Staatsverschuldung ist heute auf einem All- Zeit Hoch. Die Lebensbedingungen der Menschen können in weiten Teilen vor allem in den USA nicht viel weiter verschlechtert werden. Es ist fast alles privatisiert was privatisiert werden kann. Die Ausbeutung der dritten Welt kann nicht mehr viel weiter intensiviert werden. Die Steuern können nicht mehr viel weiter gesenkt werden. Die Ausdehnung der Profite stößt auf gewisse natürliche Grenzen und gleichzeitig fängt der sich ausdehnende Kapitalstock wieder an die

Profitrate zu senken und die ständig steigenden Gehaltskosten der unproduktiven Sektoren Handel, Finanzmärkte, Immobilien, Versicherung fressen mehr und mehr in den Profitkuchen hinein. Diese Sektoren sind unproduktiv im doppelten Sinn. Die Arbeitsproduktivität stagniert zum einen und zum anderen tragen diese Sektoren nicht zur Erzeugung eines Mehrproduktes bei.

Die Entwicklung der "Peripherie":

Die Peripherie der industriellen Zentren, also der gesamte Rest der Welt gehört grundsätzlich zu den Verlierern der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1945. War sie vorher militärisch-politisch kontrolliert von ihren jeweiligen Kolonialmächten wurde diese militärisch-politische Unterdrückung ersetzt durch die direkte Abhängigkeit vom Weltmarkt und die Ausbeutung durch die „terms of trade“.

Im Überwiegenden Teil der kolonialen Welt, wenn man von den Bereichen absieht wo der Kapitalismus beseitigt wurde, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Menschen durch die Entkolonialisierung der 50er und 60er Jahre.

Trotzdem gibt es auch in der Peripherie einen Paradigmenwechsel zwischen den „prosperierenden“ 60er und 70er Jahre und der „neoliberalen“ Wende der 80er und 90er Jahre. Die Existenz der Sowjetunion und die chinesische Revolution 1949 zwang die Westmächte dazu manchen Ländern der Ex- kolonialen Welt eine gewisse Unabhängigkeit zuzugestehen. Länder wie Indien, Brasilien, Pakistan, Algerien, Irak, Mexiko um nur ein paar Beispiele zu geben schafften es in dieser Zeit mit billigen Dollarkrediten und Schutzzöllen teilweise eine eigenständige Industrie aufzubauen. Das grundsätzliche Problem der feudalen Rückständigkeit, des Großgrundbesitzes, der Abhängigkeit vom Auslandskapital und vom Weltmarkt konnte zwar nicht gelöst werden, doch eine gewisse wenn auch sehr beschränkte ökonomische Entwicklung fand statt.

In den 80er und 90er Jahre wurde diese Entwicklung ins Gegenteil verkehrt. Die Hartgeldpolitik der 80er führte die Peripherie in eine Schuldenkrise. Durch die Schuldenkrise konnten die exkolonialen Länder gezwungen werden Strukturanpassungsprogramme durchzuführen. Die Privatisierung der Staatsindustrien und Infrastruktur, Sozialabbau um mehr Anteil am Budget zum Schuldendienst zur Verfügung zu haben, eine Öffnung der Märkte durch Abbau der Zölle, und eine Öffnung der Industrien für Auslandsinvestitionen waren die Folge.

Diese Reaktion war möglich vor allem durch die Marktorientierung Chinas auf der einen Seite und durch das Scheitern der sozialen Revolutionen im Iran 1979, in der Türkei und Pakistan 1968, in Bangladesch 1971 in Chile 1973, in Indonesien 1966 auf der anderen Seite.

Was Lateinamerika betrifft, ist es relativ allgemein anerkannt, dass die 80er und 90er Jahre als eine einzige wirtschaftliche und soziale Katastrophe eingestuft werden müssen. In Manchen Ländern wie Mexiko geht der wirtschaftliche Verfall ungebrochen weiter. Andere wie Argentinien und Brasilien erleben wirtschaftliche Booms. Dabei muss aber verstanden werden, dass in Argentinien der Boom nach einer Depression im Jahr 2001 erfolgt.

Ebenso außer Streit dürfte stehen, dass in Afrika die neokoloniale Offensive zu einem Versinken in der Barbarei führte gegenüber dem selbst die prowestlichen Militärdiktatoren der 70er und 80er Jahren wie Mobutu oder Idi Amin als philanthropische Aufklärer erscheinen. Durch die hohen Wachstumszahlen des BIP einiger Schwellenländer und durch das hohe Wachstum des Welt- Bruttosozialprodukts entstand teilweise das Gerücht von einem Aufschwung der Weltwirtschaft und vor allem der Peripherie das zum Beispiel auch von der Zeitschrift „Economist“ ohne Unterbrechungen verbreitet wird.

Hier muss aber dazu gesagt werden, dass zum einen China gesondert behandelt werden muss, weil dort eben eine nicht- kapitalistische Revolution 1950 die Haupthemmnisse der Entwicklung, den Großgrundbesitz und die Abhängigkeit vom Auslandskapital beseitigt hat. Das Wachstum in China trägt sicherlich hauptsächlich zu den hohen Weltwirtschaftswachstumsraten bei.

Auch das Wirtschaftswachstum ausgelöst durch die hohen Erdöl und Erdgaspreise kann uns hier nicht wirklich interessieren, da es sich um einen Sonderfall der wirtschaftlichen Entwicklung handelt, der weder nachhaltig ist, noch den Massen zu Gute kommt.

Es bleiben Schwellenländer zu untersuchen wie Indien, Pakistan, Indonesien, die Türkei, und die Mittel und Osteuropäischen Staaten.

Das teilweise außerordentlich hohe Wirtschaftswachstum in diesen Ländern kommt durch ausländische Direktinvestitionen zu Stande. Westliche Konzerne bauen Produktionsstätten in diesen Ländern auf, die auf westlichen Niveau Güter oder Dienstleistungen produzieren, die wiederum hauptsächlich in die Industrieländer exportiert werden. Es handelt sich bei diesen Gütern und Dienstleistungen um international handelbare Produkte, die am Weltmarkt sehr hohe Preise erzielen. Diese Produkte werden viel höher von den Statistiken bewertet als die Produkte der heimischen traditionellen Industrien der betrachteten Länder. Dadurch kann es sein, dass die behandelten Länder in Wirklichkeit eine De- Industrialisierung erleben, weil

ihre ursprüngliche Industrie, wie beispielsweise, Stahlindustrie oder die Infrastruktur wie das Eisenbahnnetz abgebaut werden und trotzdem ein hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen, weil die entstehende Exportindustrie, die durch Auslandsinvestitionen getrieben wird, viel höher bewertet wird. Da die Produkte dieser Industrie an das Ausland gehen und auch die Gewinne ins Ausland abgezogen werden, kann es sein, dass das Land trotz höchster Wirtschaftswachstumsraten, in der Entwicklung zurückfällt. Pakistan ist das perfektste Beispiel eines Landes, das mit rekordverdächtigen Wachstumsraten rückwärts in die Barbarei rast. Das selbe gilt für Indien, Bangladesh und zahlreich Afrikanische Staaten mit hohen Wirtschaftswachstumsraten.

Was wahr ist, ist dass eine kleine Mittelschicht von Technikern, Programmierern, FinanzdienstleisterInnen, von dieser Entwicklung profitiert, auch die Löhne von Fachkräften können durch diese Entwicklung mitunter stark ansteigen. Die Gesamtwirtschaft dieser Länder, sowie der Lebensstandard der Massen wird jedoch durch die Entwicklung mitunter sogar stark zurückgeworfen. Indien und Pakistan fallen mit Sicherheit in diese Kategorie des wirtschaftlichen und sozialen Zerfalls.

In Ländern in denen durch eine solche Entwicklung unzweifelhaft eine Industrialisierung stattgefunden hat, wie Indonesien oder Malaysia und wo auch die Gehälter der IndustriearbeiterInnen in den letzten 20 Jahren angestiegen sind, wird trotzdem die Instabilität weiter erhöht. Traditionelle Strukturen werden durch die Marktöffnung zerstört, gleichzeitig reicht aber der industrielle Boom nicht aus, um die feudalen Strukturen der Rückständigkeit aufzubrechen und um die in die Städte strömenden Massen aufzusaugen. Die Industrialisierung kann in solchen Ländern mit der Industrialisierung des russischen Zarenreiches zwischen 1880 und 1914 verglichen werden, die trotz hoher Wirtschaftswachstumsraten die sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche an die Spitze trieb.

Betrachten wir die Staaten des ehemaligen Ostblocks sehen wir auch dort hohe Wirtschaftswachstumsraten, die jedoch die Realität verdecken. Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion wachsen teilweise auf Grund der hohen Rohstoffpreise. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in den letzten 15 Jahren einen wirtschaftlichen, industriellen und sozialen Verfall ohne Beispiel erlebten, der besonders grausam in den Staaten von Turkestan (Turkmenistan, Kasachstan, Kirgisien,...) von statten geht, wo eine moderne Industrielandschaft und Sozialstruktur zu einem Boratschen Absurdistan verkommt.

Ausnahmen von dieser Entwicklung sind die ganz westlichen Staaten des ehemaligen Ostblocks, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien. In diesen Ländern gab es

wirklich eine Industrialisierung, auch die Löhne steigen dort in letzter Zeit relativ stark an. Trotzdem erreichten auch diese Länder im Wesentlichen erst durch diesen Entwicklungsschub seit 2000 das wirtschaftliche Niveau von 1990: Von der sozialen Entwicklung her fielen sie weit hinter das Jahr 1990 zurück. Die Mittel- und Osteuropäischen Länder weisen starke Aussenhandelsdefizite auf, die durch Kapitalimporte kompensiert werden. Ein Versiegen der Kapitalströme nach Mittel- und Osteuropa, auf Grund fallender Kapitalproduktivität, oder einer einbrechenden Immobilienblase, könnte eine Wiederholung der Asienkrise 1997 hervorrufen. Der Aufschwung in Mittel- und Osteuropa hat viele Parallelen zum "Asiatischen Wunder" vor 1997.

Die Ökonomie der Barbarei:

Die Marktöffnung seit den 1980er Jahren führte zu einer massiven Zerstörung der heimischen Industrien in den Entwicklungsländern, die dem Druck des Weltmarktes nicht standhalten konnten. Auf diese Weise wurden Massen von Wirtschaftstreibenden der Peripherie mit ihrem Kapital in den Schwarzmarkt getrieben. Dies ist die Haupttriebkraft hinter einer besonderen Ökonomie der Barbarei, bestehend aus Drogen-, Frauen- und Waffenhandel die sich seit den 1980er Jahren besonders explosiv entwickelt und anfängt, ganze Staaten und Erdteile zu beherrschen. Diese Ökonomie der Barbarei drückt sich auch im Ansteigen des islamischen Fundamentalismus, ethnischer Konflikte und des Tribalismus aus. Hinter den zahlreichen ethnischen Konflikten in Afrika, am Kaukasus in Zentralasien und in Südostasien stehen in Wirklichkeit Kämpfe um Bodenschätze und Rohstoffe, die nicht selten der offiziellen Staatlichkeit längst außer Kontrolle geraten sind, und damit der Ökonomie der Barbarei verfallen sind. Auch die Bürgerkriegsparteien in Jugoslawien waren und sind eng mit dem Schwarzmarkt verknüpft, der sich vor allem in den 80er Jahren entwickelte, als die jugoslawische Wirtschaft durch die Schuldenkrise und damit verbundene Strukturanpassungsprogramme in eine tiefe Krise schlitterte.

Keynesianismus und Neoliberalismus zwei Kehrseiten einer Medaille:

Nach dem wir die Wirtschaftliche Entwicklung von 1945 bis 2001 einer kurzen Betrachtung unterzogen haben können wir uns die Frage stellen, ob die Paradigmen Neoliberalismus und Keynesianismus tatsächlich existierten. Was stimmt ist, dass bis ca 1979 Keynes als der

führende Ideologe der bürgerlichen ÖkonomInnen galt und nachher Friedman und Hayek demselben den Rang abspenstig machten.

In der Praxis der Wirtschaftspolitik ist der Unterschied sehr schwer zu machen. Am ehesten kann man noch feststellen, dass 1950 bis 1980 eher das Wachstum der Wirtschaft und die damit verbundene soziale Stabilität im Fordergrund der Wirtschaftspolitik stand und ab 1980 die Profitrate. Dies hat aber weniger ideologische Gründe als handfeste materielle. 1980 war die Profitrate so niedrig, dass eine Fortsetzung des Wachstumskurses zur Unmöglichkeit wurde. Um das verloren gegangene ökonomische Gleichgewicht wiederherzustellen, war man ab einem gewissen Punkt bereit das soziale Gleichgewicht aufzubrechen. Die Krise begann aber sicherlich nicht mit der "neoliberalen Wende", die neoliberale Wende war vielmehr ein Ausdruck der Krise, die sich keynesianisch nicht mehr bewältigen ließ.

Hinter den Begriffen des Neoliberalismus und des Keynesianismus stecken aber zahlreiche Mythen.

Der Mythos des Keynesianismus:

Der größte Mythos des Keynesianismus ist, dass er jemals im Sinn hatte, den Konsum anzuheizen. Schon Keynes selbst hatte hauptsächlich im Sinn die Investitionen anzukurbeln und damit die Nachfrage durch Investitionen anzukurbeln, die Erhöhung der Konsumentennachfrage sah er höchstens als Folge. Keynes selbst machte sich immer wieder Gedanken darüber wie die Löhne im Vergleich zu den Profiten zurückgehalten werden konnten. Hauptinstrument einer ständigen Reallohnsenkung sollte nach Keynes die Inflation sein. Das wichtigste Instrument der staatlichen Nachfrageschaffung war immer die Rüstungsindustrie.

Das ist auch kein Zufall, denn die steigende Rolle des Staates in der Wirtschaft, die Lenin mit dem Namen "Staatskapitalismus" bezeichnete, war ein Phänomen, das sich vor allem in Kriegszeiten entwickelte, namentlich in ersten und zweiten Weltkrieg. Im zweiten Weltkrieg beispielsweise stieg der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 47,9 % im Jahr 1944. Wenn nach dem ersten Weltkrieg die Kriegswirtschaft wieder rückgängig gemacht wurde, so zeichnete sich die Situation nach dem zweiten Weltkrieg dadurch aus, dass vor allem die USA zum Teil einfach die staatskapitalistische Kriegswirtschaft aufrechterhielten.

Seit 1929 gab es vor allem zwei große Expansionswellen der staatlichen Aktivität. Das erste Mal 1930 bis 1934 wo der Anteil der Staatsausgaben am BIP von 9% auf 16% anstieg und das zweite Mal 1950 –1953 wo es einen Anstieg von 16% auf 24 % gab. Der erste Anstieg war

vor allem einem Ausbau der Infrastruktur geschuldet mit dem berühmten Hooverdamm an erster Stelle. Es ging schon im New Deal eben gemäß der Keynesianischen Originaltheorie darum, durch Förderungen der Unternehmen in Form von Staatlichen Aufträgen und staatlicher Unternehmensinfrastruktur, deren Investitionsquote anzukurbeln, und nicht darum den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen.

1950- 1953 spielten überhaupt von vorne herein die Militärausgaben die treibende Rolle, die 1939 1,6 % betrug, 1950 6,7 % und 1953 auf 14,7 % des BIP anstiegen und damit 61,25 % der Staatsausgaben betrug.

Die Dominanz der Militärausgaben in den Staatsausgaben ist auch deshalb zentral, weil wichtig ist, dass der Staat nirgends in Konkurrenz zur privaten kapitalistischen Industrie tritt. Der Staat darf also nach der kapitalistischen Logik zum einen keine eigene Produktion aufbauen. Was gibt es da besseres als Rüstungsgüter, die regelmäßig veralten oder in Kriegen verbraucht werden. Gleichzeitig darf nach der kapitalistischen Logik der Sozialstaat nicht zu sehr ausgebaut werden. Erstens werden dann die ArbeiterInnen relativ unabhängig von dem Zwang zur Lohnarbeit. Zweitens könnten sich die ArbeiterInnen an den Sozialstaat gewöhnen und der Staat kann sich dann nicht mehr so leicht zurückziehen wie aus der Rüstung. Gemäß der Idee, dass die Staatsausgaben nur so etwas wie eine Konjunkturspritze sein sollten ist es verständlich, dass man zu keiner Zeit gerne die Staatsausgaben in Form von Sozialausgaben nachhaltig erhöhen wollte. Eine Erhöhung der Sozialausgaben ist historisch nie die Folge wirtschaftspolitischer Überlegungen gewesen, sondern immer eine Folge drohender sozialer Instabilität auf Grund von sozialen Klassenauseinandersetzungen gewesen, wie in den 1950er Jahren und den 1970er Jahren.

In Deutschland, Österreich und Japan hat die staatliche Aktivität in der Wirtschaft in den 1950er und 1960er gar nichts mit Keynesianismus zu tun. Der Staat spielte zwar eine außerordentlich wichtige Rolle in der Wirtschaft aber lediglich in Hinblick auf die Angebotsseite. Seine Aufgabe lag darin, durch billige Rohstoffe und Kredite den Aufbau der kapitalistischen Industrie zu subventionieren. Besonders der exportorientierten Industrie, wie der Autoindustrie sollte billiger Stahl geliefert werden und es wurden ihr extra günstige Sonderkredite ermöglicht. Gleichzeitig wurden die Löhne extra niedrig gehalten und der ganzen restlichen Industrie wurden die Bremsen angelegt. In Japan und Deutschland war es durchaus üblich eine Hochzinspolitik mit nahezu zinslosen Krediten an die Exportindustrie zu mischen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Staatsinterventionismus in Deutschland und Japan nichts mit Keynesianismus zu tun hatte, und der Keynesianismus in den USA nichts mit einer Steigerung der Konsumentennachfrage zu tun hatte.

Der Mythos des Unterkonsumtionismus:

Unter Keynesianismus wird in weiten Teilen der Linken etwas verstanden, was mit den Ideen von Keynes nicht viel zu tun hat, nämlich eine Ankurbelung der Konjunktur durch Steigerung des Massenkonsums. Diese Theorie ist in Wirklichkeit kein Keynesianismus, sondern Unterkonsumtionismus. Keynes selbst ging in seinen Theorien nicht von einer Ankurbelung des Konsums aus, sondern von einer staatlichen Intervention in die Investitionen. Ein damit verbundener Aufschwung sollte die Reallöhne, über fixe Nominallöhne und steigende Preise weiter senken. Lediglich der Zuwachs des Konsums sollte lediglich über den Beschäftigungszuwachs erfolgen. Keynes war mit den Neoliberalen gemeinsam ein enthusiastischer Verfechter der Lohnzurückhaltung. Der Unterkonsumtionismus war eine Theorie die als erstes von dem französischen Theoretiker Sismondi entwickelt wurde und später von Rosa Luxemburg weitergeführt wurde. Einige Postkeynesianische TheoretikerInnen, wie Kalecki und Robinson haben teilweise zu diesem Theorieansatz hintendiert. An dieser Stelle muss aber eindeutig festgestellt werden, dass auch sämtliche Postkeynesianer darin übereinstimmen, dass für die Ankurbelung der Nachfrage den Investitionen gegenüber dem Konsum eine entscheidendere Rolle zukommt.

Eine Politik der Steigerung der Sozialausgaben und der Löhne zur Ankurbelung der Wirtschaft hat es in der Praxis nur äußerst selten gegeben. Diese Politik war meist mit einer revolutionären Krise verbunden und stieß sofort auf den erbittertsten Widerstand der UnternehmerInnen und des Beamtenapparats. Als Beispiel finden wir 1980 die ersten hundert Tage der Regierung Mitterand, 1936 die Volksfrontregierung in Frankreich, 1998 die Regierung Chavez in Venezuela. Folgen dieser Politik waren Abfluss des Kapitals ins Ausland, Investitionsstreiks, Politisch motivierte Fabrikschließungen oder Einschränkungen der Produktion und massive Preissteigerungen zur Entgegenwirkung gegen die Lohnerhöhungen. Es gibt kein einziges historisches Beispiel wo in einem kapitalistischen Land eine Erhöhung des Massenkonsums als primäre Maßnahme der Wirtschaftspolitik in der Rezessionsbekämpfung zu einer Ankurbelung der Konjunktur geführt hätte. In der Praxis gab es eine Sozialstaatliche Expansion und Realloohnerhöhungen im „Keynesianischen Paradigma“ nicht in Krisenzeiten, sondern als Begleiterscheinung einer guten wirtschaftlichen Situation

und einer guten Situation der Profitrate, wie etwa in den 50er/60er Jahren, in Deutschland und Österreich 1965 bis zur Krise von 1973. Es wurde immer peinlich darauf geachtet, dass die Konsumerhöhung nicht zu einer Umverteilung führt. Die Konsumerhöhung passierte fast immer in einer Zeit in der die Profite noch schneller wuchsen als die Erhöhung der Reallöhne und der Sozialausgaben.

Die Folge einer reinen Umverteilungspolitik im unterkonsumtionistischen Sinn ist, dass das Kapital dagegen rebelliert und eine Destabilisierung der Wirtschaft einleitet, auf die die Politik nur auf zwei Arten reagieren kann: Entweder sie schreitet fort zu, staatlichen Preiskontrollen, Verstaatlichungen der Banken, Verstaatlichungen der Firmen, die schließen oder ihre Produktion einstellen. Oder die Politik kehrt zurück zu einer Unternehmerfreundlichen Politik um das Vertrauen der UnternehmerInnen wieder zu gewinnen.

Der Mythos des Neoliberalismus:

Der Mythos des Neoliberalismus besteht in der Annahme, dass es sich dabei um einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft handeln würde. In Wirklichkeit blieb die Aktivität des Staates in der Wirtschaft gerade nach 1980 außerordentlich hoch und ging nie mehr wesentlich unter das durchschnittliche Nachkriegsniveau zurück. Das Budgetdefizit erreichte sogar erst seinen Höhenflug. Es ist zwar wahr, dass sich der Staat durch Privatisierungen und Sozialabbau aus einem Teil der staatlichen Kernaufgaben zurückzieht. Sein Engagement steigt jedoch sogar noch, wenn man die reine Privatwirtschaft betrachtet: Und zwar in Form von Subventionen an private Unternehmen, die erst im neoliberalen Paradigma massiv expandieren. Die andere Seite der neoliberalen Staatsintervention ist die bewusste Förderung des Finanzsektors in Form von Gesetzgebung in diese Richtung. Die Wirtschaftspolitik der USA versucht mit Hilfe der Zinspolitik und mit Hilfe von verdeckten Interventionen am Aktienmarkt und am Immobilienmarkt auch Einfluss auf die Konjunktur zu nehmen, und ein „hard landing“ zu verhindern.

Im Neoliberalen Paradigma muss, weil es auf einem Aufbrechen der innen- und außenpolitischen Stabilität beruht, der Staat nach Innen und nach Außen massiv aufrüsten. Es ist kein Zufall, dass die Ausgaben für Innere und Äussere Sicherheit explodieren und dass gerade im Zeitalter des Neoliberalismus, also des angeblichen Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, die Wirtschaftsmacht USA in eine imperiale Überdehnung hineingezogen wird.

Es ist kein Zufall, dass gerade im Neoliberalismus die Schuldenstände der Staaten USA, Deutschland und Japan ihren absoluten Höchststand erreichen.

Ein weiterer Mythos des Neoliberalismus ist der Freihandel. Der Eintritt der USA für Freihandel ist sehr einseitig, da gleichzeitig die Agrarsubventionen nicht abgebaut werden und die EU und die USA zahlreiche protektionistische Maßnahmen gegen Agrarprodukte der Entwicklungsländer getroffen haben. Auch zwischen den Industrieländern hat sich die Blockbildung in den letzten 20 Jahren des „neoliberalen“ Paradigmas eher verschärft als abgeschwächt. Heute stehen sich vier Blöcke, die EU, die USA, China und Japan unversöhnlich gegenüber. Teilweise treffen sie Zollmaßnahmen gegeneinander, teilweise versuchen sie sich durch Währungspolitik eins auszuwischen. Sie befindet sich in einem Handelskrieg wie es ihn seit der Zwischenkriegszeit nicht mehr gegeben hat. Noch nie seit 1945 hing das Damoklesschwert der Protektionismusspirale so tief über der Weltwirtschaft wie heute im Zeitalter des „neoliberalen“ Paradigmas.

Keynesianismus und Neoliberalismus: zwei Formen des Staatsinterventionismus:

Nach unserer Betrachtung über die Mythen zum Thema Neoliberalismus und Keynesianismus müssen wir uns die Frage stellen, ob diese Paradigmen jemals in reiner Form existierten. Die Antwort darauf ist ein klares Nein.

Zum einen gab es im „keynesianistischen Paradigma“ klar Politikstrategien, die wir eher dem Neoliberalismus zuordnen müssten, wie die Lohnzurückhaltung, die Hochzinspolitik und die Sparpolitik die Japan und Deutschland ab 1945 verbunden mit einer absichtlichen Zurückhaltung des Binnenkonsums an den Tag legten.

Umgekehrt gab es im Neoliberalismus klare „keynesianische“ Politikstrategien, wie das gewaltige Defizitpending der Reagan- Administration in den 80er Jahren, die Politik der George W. Bush- Administration nach dem Jahr 2000, in der es zu einer Zinssenkung, einer Expansion des Defizits und einer Abwertung des Dollars in jeweils gewaltigem Ausmaß kam. Dazu müssen wir auch die Politik von Japan in den 90er Jahren rechnen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei Keynesianismus und Neoliberalismus um die Kehrseiten ein und der selben Medaille, nämlich kapitalistischen Staatsinterventionismus. Der Staat verfolgt mit seiner Wirtschaftspolitik das Ziel die Kapitalakkumulation bestmöglich zu garantieren. Er versucht einerseits die Schranken zu überwinden, die der tendenziell Fall der Profitrate mit sich bringt, andererseits versucht er Nachfrageprobleme zu überwinden.

Wenn es beim Neoliberalismus eher darum geht die Profitraten zu heben, so zielt der Keynesianismus darauf ab, die Kapitalakkumulation in Gang zu halten und Depressionen wie 1929 zu verhindern. Der moderne Kapitalismus braucht zum Überleben beide Politikstrategien mit wechselnder Bedeutung. Er kann in einer Krise wie 2001 in den USA oder in den 90er Jahren in Japan nicht einfach auf die selbstheilenden Kräfte des Marktes vertrauen, weil das die Wirtschaft in einen Zusammenbruch treiben könnte. Gleichzeitig führt aber jede Art von intensiverer Kapitalakkumulation zu einem Absinken der Profitrate, was den Neoliberalismus auf den Plan ruft.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der Nachkriegsepoche bis 1980 die Kapitalakkumulation im Vordergrund der Wirtschaftspolitik stand - vor allem in Hinblick auf die damit verbundene soziale Stabilität. Als es jedoch zu einer schwerwiegenden Profitkrise kam, wurde die Wiederherstellung der Profitrate zum Primat der Wirtschaftspolitik. Hier ist es interessant festzuhalten, dass auch die keynesianischen Ankurbelungsversuche in Japan in den 90er und in den USA 2001 nie etwas an der strategischen Grundorientierung änderten, die Profitrate wiederherzustellen. Massenarbeitslosigkeit wurde zugelassen und die Hauptorientierung bestand auf jeden Fall darin, auf dem Rücken der Beschäftigten einen Ausweg aus der Krise zu finden.

In diesem Sinn können meiner Meinung in gewissen Grenzen schon zwei verschiedene Paradigmen bis 1980 und ab 1980 unterschieden werden.

Die Krise der Regierung Mitterand 1981:

Die Krise der Regierung Mitterand 1981 ist für uns ein gutes Lehrstück, wie das Kapital auf eine linke Politik im Rahmen des Kapitalismus reagiert. Die Sozialistische Regierung startete ein ehrgeiziges Programm der Arbeitsbeschaffung und der Nachfragsteigerung.

Diese Politik der Steigerung der Nachfrage und der Beschäftigten schufen ein Außenhandelsdefizit. Dieses in Kombination mit der Unzufriedenheit des Finanzkapitals über die linke Politik, führte zu spekulativen Attacken auf den Francs und einer Kapitalflucht aus Frankreich. Die Folge war ein Zahlungsbilanzdefizit, das von 0,6% 1980 auf 2,2% des BIP 1982 stieg. Um einen weiteren Anstieg dieses Defizits, eine weitere Abwertung der Währung und weitere Kapitalflucht zu verhindern musste die Regierung Mitterand 1983 auf eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik einschwenken. Im Prinzip wiederholte sich die Geschichte der französischen Volksfront von 1936 im kleinen noch einmal. Kapitalflucht und

Investitionsstreiks waren schon immer ein Instrument des Kapitals linke Regierungen, die nicht mit dem Kapitalismus an sich brechen wollten in die Knie zu zwingen.

Die Japanische Krise 1990 – 2007 :

Japan erlebte in den 90ern die wohl schwerste zeitgenössische Krise eines Industrielandes und verdient deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit. In Wirklichkeit manifestierte sich trotz aller oberflächlichen Besonderheiten in dieser japanischen Krise nur die allgemeine Krisentendenz der Weltwirtschaft seit Anfang der 70er Jahre. Wenn wir die japanische Krise der 90er verstehen wollen, müssen wir in die 70er Jahre zurückgehen.

Die Vorgeschichte:

Die riesenhafte Akkumulation von Kapital, die in Japan während der 50er und 60er Jahre stattfand, musste in unaufhaltsamer Logik ab einem gewissen Zeitpunkt zu einem Sinken der Profitrate führen. Der Auslöser war schlussendlich das Hereinbrechen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, das Zerbrechen des Bretton Woods Abkommens und die damit verbundene Abwertung des Dollars 1971 und 1973. Das Zerbrechen des Bretton Woods Abkommens verursachte jedoch die Japanische Krise nicht, sondern machte sie nur offensichtlich. Das Sinken der japanischen Profitrate wurde vorher nur verdeckt durch die Subvention des japanischen Exportmotors durch die USA, die ihren Wechselkurs künstlich hoch hielt.

Zwischen 1969 und 1975 fiel die japanische Profitrate um 60% (BRENNER,, (2003) S 131). 1973 kam die Japanische Wirtschaft zu einem Stillstand. Nach einer kurzen Erholung angetrieben durch die keynesianischen Konjunkturbelebungsversuche in den USA schlitterte Japan bereits 1979 in die nächste Rezession.

Die US Amerikanische Hochzinspolitik der frühen 80er Jahre ermöglichte der japanischen Wirtschaft eine weitere kurzlebige Erholung, durch die Aufwertung des Dollars und die damit verbundene Abwertung des Yen, aber als im sogenannten Plaza Abkommen, Japan von den USA zu einer Aufwertung gezwungen wurde, erlebte 1986 die japanische Wirtschaft die schwerste Krise der Nachkriegszeit. Der Yen wertete zwischen 1985 und 1988 um 93% gegen den Dollar auf. (BRENNER, (2003) S 134)

Auf diese Situation reagierte Japan mit einem riesenhafte keynesianischen Konjunkturprogramm. Die Zinsen wurden 1987 massiv gesenkt und billige Kredite an Makler

und Immobiliengesellschaften vergeben mit dem Ziel eine Blase am Aktienmarkt und Am Immobilienmarkt zu schaffen. Die Wohlstandseffekte dieser Blase sollten zu einer Gesundung der Wirtschaft beitragen. Zwischen 1986 und 1989 verdoppelten sich die Immobilienpreise ,die japanische Börse hatte in zwei vergangenen Jahren ihr Volumen verdoppelt als sie 1989 ihren Höchststand erreichte. Diese Blase führte tatsächlich anfangs zu einem Vermögenseffekt, der den Konsum und die Investitionen ankurbelte.

An dieser Stelle muss betont werden, dass die Banken und Monopole Japans seit 1973 gezielt daran arbeiteten die Japanische Wirtschaft vom normalen Industrie- und Konsumgütersegment in Richtung Hochtechnologiesegment und Investitionsgütersegment umzukrempeln. Während der Blasenökonomie gelangen diese Umstrukturierungspolitik sogar spektakuläre Erfolge. Die jährliche Arbeitsproduktivität wuchs 1985 bis 1991 mit einer jährlichen Rate von 5,4 %. Der Anteil der hochtechnologiehaltigen Produkte stieg auf 85%. Diese laufende planmäßige Umstrukturierung seit 1973 war immer wieder die Basis für die kurzlebigen Erholungen der japanischen Wirtschaft.

Gleichzeitig wuchs jedoch der Bruttokapitalstock 1985 bis 1991 mit einer Jahresrate von 6,7%, also schneller als die Arbeitsproduktivität. Wie jeder andere Akkumulationsprozess führte auch dieser schlussendlich wieder zu einem Absinken der Profitrate. Wenn die Unternehmen in die Krise kommen beginnen sie ihre Aktien und Immobilien in Geld zu verwandeln, was die Grundlage eines Platzens der Blasen bildet. Die Kreditklemme, herbeigeführt durch die verschlechterte Situation des verarbeitenden Gewerbes in Kombination mit einer bereits vorhandenen völlige Überdehnung des Kredits, führte zu einer Anhebung der Zinsen, was das Platzen der Immobilien und Aktienblase auslöste.

Am Schluss dieser Entwicklung landet Japan in einer Rezession, die von 1991 bis 1993 dauert.

Die Krise der 90er Jahre:

Die Krise ist besonders schwer, weil eine Krise des japanischen Bankensektors hinzukommt, die jedoch wiederum eine Folge der Kapitalakkumulation der Vergangenheit ist. Die Bankenkrise wurde unmittelbar dadurch ausgelöst worden, dass viele Aktien und Immobilien auf Basis von Krediten gekauft worden sind, die nach dem Platzen der Blasen uneinbringlich wurden. Das tieferliegende Problem lag jedoch darin, dass das gesamte japanische Akkumulationsmodell darauf basierte, dass Banken Billigst- bis Gratiskredite in den Kapitalstock des Herstellungssektors jagten. Nachdem der Herstellungssektor eben durch den

steigenden Kapitalstock in eine Profitkrise schlitterte, waren auch viele dieser "industriellen" Kredite uneinbringlich. Die sogenannten "bad loans" verpufften einerseits in den Blasen, andererseits steckten sie in einer völlig überakkumulierten Industriestruktur. Am meisten wird die unausweichliche Tragik der kapitalistischen Krise dadurch veranschaulicht, dass diese Überakkumulation zustande kam, obwohl die japanische Wirtschaft seit 1973 die ganze Zeit mit Erfolg daran arbeitete sich zu restrukturieren. Die Hayeksche These, dass Fehlinvestitionen in unproduktive Technologien die Ursache der Krisen seien, wird hier von der Entwicklung konterkariert, die nur durch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate erklärt werden kann.

Die Antwort der Regierung ist das ehrgeizigste keynesianische Konjunkturprogramm, das es jemals in einem Industrieland gegeben hat. Die Zinsen werden bis ins Negative gesenkt, das Budgetdefizit 1998 bis auf über 6% ausgeweitet. Die Staatsausgaben fließen in ein immenses Programm öffentlicher Arbeiten zum Ausbau der Infrastruktur, welches von 17,7% Anteil am Budget auf über 32% im Jahr 1993 ansteigt. Auf Grund der herrschenden Deflation, des allgemeinen Pessimismus und der Entlassungswellen in der Industrie steigt das Konsumvertrauen jedoch nicht an. Die Banken wollen den Kredit nicht ausweiten und die überakkumulierte Industrie will nicht investieren. „Die Pferde saufen nicht“, hätte Keynes dazu bemerkt. Nachdem die Wirtschaft mit 1% Wachstum dahin tümpelt folgt 1998 wieder eine tiefe Rezession.

Der Staatsinterventionismus zeigt erst Wirkung nachdem sich die Regierung dazu entschließt durch massive Geldspritzen das Finanzsystem zu sanieren. Dazu muss noch bemerkt werden, dass ohne die Expansion des Budgetdefizits und ohne die niedrigen Zinsen, möglicherweise noch schlimmeres passiert wäre, zum Beispiel eine Depression wie 1929 in den USA.

Auslöser nicht aber Verursacher der Krise von 1998 ist die Asienkrise. 2001 wird wiederum eine Rezession durch den Konjunktur einbruch in den USA ausgelöst.

Bis 2006 dauert es bis die japanische Wirtschaft wieder ernste Erholungszeichen von sich gibt, die jedoch äußerst prekär sind, da sich bereits 2006 eine Verlangsamung der US Konjunktur abzeichnet, die seit jeher den Motor der japanischen Konjunktur gebildet hat.

2006 beträgt als Folge der Konjunkturprogramme der 90er Jahre die Staatsverschuldung 176% des BIP, die bei weiten höchste Staatsverschuldung der Welt (abgesehen vom Bürgerkriegsland Libanon). Bis 1993 blieb die Staatsverschuldung unter 80% des BIP. Japan hat ab jetzt keinen finanziellen Spielraum mehr ein keynesianisches Konjunkturprogramm zu starten. Im Gegenteil: Jeder Boom muss dazu benutzt werden, die Staatsverschuldung auf

Kosten der Konsumenten wieder abzubauen, was dramatische Folgen für das Konsumvertrauen haben könnte.

Das Konsumvertrauen ist ohnehin erschüttert, da in den 90er Jahren bis heute eine völlige Umstrukturierung der Arbeitsbeziehungen im Gange ist, die sich vom feudal geprägten System der lebenslangen Bindung an das Unternehmen besonders bei den jüngeren ArbeitnehmerInnen zu einer extremen Form der flexiblen "Hire and Fire" Politik transformieren. Eine weitere Folge der Umstrukturierung der Japanischen Wirtschaft ist zudem das erste Mal strukturelle Massenarbeitslosigkeit.

Heute hat Japan alle neoliberalen und keynesianischen Krisenbekämpfer ausgeschöpft. Trotzdem hat die Profitrate keinesfalls das Niveau der frühen 70er Jahre erreicht. Alle Hoffnung liegt in einem prekären Boom, der bereits in seinem Anfang durch eine Verlangsamung der US Wirtschaft erstickt zu werden droht.

Interessant ist die sehr treffende Analyse des CIA Factbook, die eindeutig die Theorie der Überakkumulation unterstützt, die als Überinvestition bezeichnet wird:

"For three decades, overall real economic growth had been spectacular - a 10% average in the 1960s, a 5% average in the 1970s, and a 4% average in the 1980s. Growth slowed markedly in the 1990s, averaging just 1.7%, largely because of the after effects of overinvestment and an asset price bubble during the late 1980s that required a protracted period of time for firms to reduce excess debt, capital, and labor. From 2000 to 2001, government efforts to revive economic growth proved short-lived and were hampered by the slowing of the US, European, and Asian economies. In 2002-06, growth improved and the lingering fears of deflation in prices and economic activity lessened. Japan's huge government debt, which totals 176% of GDP, and the aging of the population are two major long-run problems. Some fear that a rise in taxes could endanger the current economic recovery." (CIA Factbook)

Die Deutsche Krise 1990 - 2007:

In Deutschland erlebte der Herstellungssektor 1990 genauso eine schwere Krise wie in Japan, obwohl die Blasenwirtschaft in den 80er Jahren nicht vorhanden war. Die Profitrate, die bereits zuvor niedriger als in Japan und den USA lag, fiel zwischen 1990 und 1994 um $\frac{3}{4}$ auf ein katastrophales Niveau (BRENNER, (2003) 154) . In dieser Phase war eine keynesianische Politik ausgeschlossen wie sie zum Beispiel Oskar Lafontaine für diese Phase vorschlug. Jede weitere Akkumulation hätte die Profitrate noch weiter gesenkt und der Herstellungssektor

hatte seinen Todespunkt bereits erreicht. Das BIP Wachstum blieb zwischen 1990 und 1995 auf einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 0,9%. Die Regierung musste eine Hochzinspolitik fahren, um zu verhindern, dass Inflation - produziert durch die hohen Staatsausgaben zum Aufbau des Ostens - der exportorientierten Industrie am Weltmarkt das Genick brechen würde. Preissteigerungen in Zusammenhang mit Inflation würden die Konkurrenzfähigkeit des Herstellungssektor am Weltmarkt vermindern, so die berechnete Kalkulation.

Die Strategie, die eingeschlagen wurde, lief daraus Hinaus durch eine qualvolle Umstrukturierung die Exportindustrie wieder in die Offensive zu bringen und damit die Wirtschaft aus der Rezession zu reißen. 2001 zog die Rezession in den USA die Wirtschaft wieder nach unten, die Abwertung des Dollars in den Jahren darauf verhinderte wiederum eine Erholung.

Erst 2006 zog die deutsche Konjunktur herbeigeführt durch eine partielle Wiederherstellung der Profitrate an, wiederum genau in dem Jahr indem sich bereits eine Abschwächung der US-Konjunktur abzeichnete.

Es ist ein neoliberaler Mythos, dass es in Deutschland in den 90er Jahren eine allgemeine politik des „schlanken Staates“ gab. Diese gab es nur in Hinblick auf Sozialleistungen. Durch die hohen Subventionen an Wirtschaftstreibende stieg die deutsche Staatsverschuldung von unter 600 Mrd € im Jahr 1991 auf über 1300 Mrd € im Jahr 2003 an (Wikipedia: „Staatsverschuldung“). Wie in Japan haben wir es mit einer Verdoppelung der Staatsschulden zu tun. Mittlerweile gibt es wie in Japan keinen Spielraum für Defizit spending mehr. Gleichzeitig wurde mit einer Erhöhung des Pensionsalters auf 67 Jahre, dem Entstehen von Massenarbeitslosigkeit wie zur Zeit der Machtergreifung der Nazis 1933 und dem Zurückstutzen des Sozialstaates und des Gesundheitssystems, nahezu alle Spielräume neoliberaler Krisenbekämpfung ausgeschöpft.

AnhängerInnen einer keynesianischen Wirtschaftstheorie sahen vor allem in der Periode zwischen 2003 und 2006 als die Profitraten explodierten und die Investitionen aber noch nicht anziehen in einer Steigerung der Binnennachfrage die Lösung für die mangelnde Investitionsdynamik.

Aus der Logik des Kapitalismus ist das aber eine falsche Analyse. Das Herz der deutschen Wirtschaft und der Sektor von dem alle anderen abhängig sind, war wie auch in Japan immer der exportorientierte Herstellungssektor. Interessant ist, dass im Laufe der Nachkriegszeit auch in den USA der exportorientierte Herstellungssektor zum Herz der Wirtschaft wurde. Die Ursache dafür ist, dass auf Grund steigender Skalenerträge die Massenproduktion vor

allem im Hochtechnologiebereich nur im Weltmaßstab genügend Absatz findet. Die einzelnen Länder spezialisieren sich auf gewisse Industrien und versuchen, dort den Weltmarkt zu bedienen. Wenn diese Industriezweige nicht prosperieren, dann kann die Wirtschaft keinen wirklichen Investitionsboom zustande bringen. Eine Steigerung der Binnennachfrage würde zwar vielleicht einige Jobs in der Dienstleistungsbranche schaffen, gleichzeitig durch höhere Löhne und auch durch Preissteigerungen die Situation im Herstellungssektor verschlechtern. Bereits Marx selbst hatte die Theorie, dass die Gesamtwirtschaft von einem oder mehreren Schlüsselsektoren abhängig ist. Diese Schlüsselsektoren sind heute in fast jedem Industrieland die exportorientierten Herstellungssektoren.

Das einzige keynesianische Argument, welches ins Feld geführt werden könnte ist, dass in den Jahren 2004, 2005, 2006, 2007 die exportorientierten Herstellungsfirmen Deutschlands solche Rekordprofite machten, dass sie an Wettbewerbsfähigkeit unschlagbar wären. (Vergleiche: MARTNERBAUER 2007)

Im Angesicht steigender Weltweiter Ungleichgewichte und eines Abflauens der US Konjunktur, einer allgegenwärtigen Vorbereitung der Industrie auf den Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft, ist das eine etwas kurzsichtige Sicht der Dinge, die vom Kapital jedenfalls aus guten Gründen der kapitalistischen Logik absolut nicht geteilt wird.

Die Weltwirtschaft in den 90ern und die Weltwirtschaftskrise von 2001

Wenn man die Krisen einzelner großer Industriestaaten analysiert, ohne die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit zu betrachten, verliert man leicht den Überblick für die Gesamtbewegung. Während ein Land in eine Krise schlittert kann in einem anderen Land ein Boom stattfinden. Abkommen über Wechselkurse und Veränderungen der Wechselkurse erscheinen als die Verursacher von Krisen. Jedes Mal wenn ein Land in einen Aufschwung kommt, ist die Rede vom Erfolgsmodell, während die Krisen des anderen Landes auf die spezifisch negativen Umstände, „bad governance“ oder "crony capitalism" zurückgeführt werden.

In den 80er Jahren erscheint Japan als Erfolgsmodell, während in den 90ern die US Wirtschaft diesen Titel bekommt. In Wirklichkeit handelt es sich bei beiden nationalen Booms, nur um kurzfristige instabile Wachstumsphasen, die in schweren Krisen mündeten.

Wenn wir die Wachstumsraten der OECD Länder betrachten, bekommen wir einen besseren Blick für die Wirtschaft der 90er Jahre:

Zwischen 1960 und 1973 betrug das Wachstum des BIP in den OECD Ländern 4,9%, zwischen 1973 und 1979 2,8%, zwischen 1979 und 1990 2,6% und zwischen 1997 und 1997 2,4%. (BRENNER (2003) S 80). Wir sehen hier die Verlangsamung des Wachstumspfad es obwohl die Rezession 2001 gar nicht inkludiert ist.

In den 90er Jahren ist die Situation in Wirklichkeit noch Schlimmer als 1974. In Japan und Deutschland hat die Profitkrise erst jetzt die Talsohle erreicht. Die wirkliche Situation der Weltwirtschaft wird jetzt einzig und alleine verdeckt durch den Aufschwung in den USA und in Südostasien.

In Südostasien erlebte die Wirtschaft eine klassische Überakkumulationskrise, die durch zwei Phänomene zusätzlich angeheizt wurde: Erstens durch die Bindung der Währungen an den Niedrigen Dollar, während der Yen einen Höhenflug erlebte. Zweitens durch massive Kapitalflüsse aus dem Ausland. Als der Dollar aufzuwerten begann, brachte dies in Zusammenhang mit der immer weiter sinkenden Profitrate der südostasiatischen Länder die Wirtschaften ins Trudeln, das Kapital flüchtete wieder ins Ausland und die Dollarschulden der Firmen wogen durch die Dollaraufwertung schwerer als in der Vergangenheit. Die Folge war die Asienkrise von 1997.

Auch die ernsthaftesten Wirtschaftswissenschaftler wie Paul Krugman teilen die Analyse, dass die Finanzkrise der Tigerstaaten nur der Ausdruck einer Industriekrise war. Der einzige Unterschied ist der, dass Krugman dabei die sinkende „total factor productivity“ der Industrie als Indikator heranzieht, während wir die sinkende Profitrate heranziehen. (Vergleiche: KRUGMAN, 1999)

In den USA gelang es durch die Hochzinspolitik der 80er Jahre und eine massive Sparpolitik am Anfang der Clinton -Ära den Herstellungssektor wieder fit zu machen, was jedoch mit einer totalen Verkleinerung des Herstellungssektors gegenüber anderen Ländern einherging. 2006 macht der Industriesektor nur noch 20,4 % des Bruttoinlandsproduktes aus. Die Explosion des Dienstleistungssektors drückt keinesfalls eine Reifung der Wirtschaft aus, da sie lediglich auf einer extrem unproduktiven Arbeitskräfteakkumulation beruht, herbeigeführt durch die Entwicklung eines für Industrieländer extremen Niedriglohnssektors. Die Versorgung der Masse der Bevölkerung durch hochwertige Dienstleistungen, Ausdruck eines wirklichen Reifungsprozesses, wird tendenziell gleichzeitig sogar schlechter. Sogar das CIA Fact Book schreibt, dass die Einkommenszuwächse seit 1975 in den USA lediglich den obersten 20% zugute gekommen sind. Die Akkumulation wurde massiv beschränkt, der Herstellungssektor verkleinert und die Profitrate restauriert, was zu dem Boom der 90er Jahre führte und vor allem im Bereich der Informationstechnologie einen wirklichen

Investitionsboom auslöste. Bereits 1996 erreichte die Profitrate aber schon ihre Spitze und begann wieder zu Sinken. Jetzt führten Zinssenkungen ähnlich wie in Japan in den 80er Jahren zur Bildung einer riesigen Aktienblase. Während die realen Profite sanken, erzeugte diese Blase einen Vermögenseffekt, der den Konsum und die Investitionen der Binnenwirtschaft weiter antrieben und den Boom am Leben hielten. Die US Wirtschaft konnte auch die Asienkrise überstehen und den Boom weitertreiben. Akkumulation bedeutete aber weiter Senkung der Profitrate, die ab einem gewissen Moment zum Platzen der Aktienblase führen musste.

2001 zeigt sich dann der wahre Zustand der Weltwirtschaft: Die Profitrate der USA fällt auf das Niveau von 1974 zurück, rund 2 Mio. Jobs, die im Boom geschaffen wurden, werden vernichtet, der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung ist niedriger als 1990. Gleichzeitig haben wir 2001 zeitgleich eine Rezession in Japan, Deutschland und den USA.

Das Skandinavische Modell

In der wirtschaftspolitischen Diskussion ist immer wieder die Rede vom Neuen Skandinavischen Modell. Dieser Begriff ist meiner Meinung irreführend, da sich alle Skandinavischen Länder massiv voneinander unterscheiden. Norwegen muss auf Grund seines Ölreichtums gesondert diskutiert werden. In Dänemark erleben wir gerade zur Zeit einen der schärfsten neoliberalen Angriff in Europa, wobei nicht klar ist was nach diesem Angriff vom Wohlfahrtsstaat noch übrig bleibt. Finnland und Schweden weisen mit ihrer Orientierung auf großindustrielle Exportcluster im Hochtechnologiebereich noch die meisten Ähnlichkeiten auf, wobei Finnland mit seiner Totalabhängigkeit von einer Firma, dem Nokiakonzern wieder einen Sonderfall bildet. Ich möchte deshalb im Anschluss immer über das Schwedische Modell diskutieren. Das ist gegenüber den Skandinavien- VerehrerInnen auch durchaus fair, da Schweden sicherlich abgesehen vom Öl- Emirat Norwegen sicherlich am besten aufgestellt ist.

Die Krise des klassischen Schwedischen Modells 1970 -1990:

Das Schwedische Modell erlebte wie alle anderen keynesianischen Modelle in den 70er Jahren eine Stagnationskrise. Von 1976 bis 1993 sank Schweden bezüglich des Pro- Kopf Bruttosozialproduktes vom Platz 2 der Weltrangliste auf Platz 19. Zuerst reagierte die Regierung indem sie versuchte, ähnlich wie in Japan in den 80ern, die Wirtschaft durch

niedrige Zinsen anzukurbeln. Die Folge war jedoch dank der niedrigen Profitrate ein riesiges Anwachsen der Spekulation mit Immobilien, Aktien und Krediten.

Interessant, dass in den 80er Jahren die außergewöhnlich hohen R&D Ausgaben und die Exportorientierung der Schwedischen Wirtschaft die schlechte wirtschaftliche Situation nicht ändern konnten. Die OECD stellte 1986 fest, die R&D Ausgaben seien zwar hoch aber ineffizient. (BLOMSTRÖM, KOKKO, (2002)) Was hier zum Ausdruck kommt, ist dass selbst hohe R&D Ausgaben ab einem gewissen Zeitpunkt die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals und die damit verbundene fallende Profitrate nicht mehr aufhalten können.

1991 – 1994 stürzte Schweden in eine schwere Finanzkrise in der die Arbeitslosigkeit von 1,1% auf 9% stieg. 3 von 5 Banken gingen Bankrott und das Budgetdefizit lag bei gigantischen 12%. (BLOMSTRÖM, KOKKO, (2002))

Erst die Vernichtung von Kapital in dieser schweren Rezession und das unterdurchschnittliche Wachstum der 80er Jahre machten durch die damit einhergehende Reinigung des Kapitalstocks das schwedische Wachstumswunder seit Mitte der 90er möglich.

Noch schwerer war die Rezession in Finnland. Die Arbeitslosigkeit sank von 1990 bis 1994 von 3,4 % auf 20 % und das BIP fiel zwischen 1991 und 1993 um 10,7 %. In Finnland hing die Rezession auch mit dem Zusammenbruch der SU zusammen. Dennoch sehen wir auch hier, dass die gute Performance von Finnland in den späten 90er Jahren mit der radikalen Erneuerung des Kapitalstocks in der Rezession 1990 bis 1994 zusammenhängt. (Vergleiche: (BLOMSTRÖM, KOKKO, (2002))

Das neue Schwedische Modell und seine Perspektiven:

Das schwedische Modell beruhte immer schon auf einem engen Bündnis zwischen Staat und auf Export orientierter Großindustrie. Es ist kein Zufall, dass der Eigentümer von IKEA Ingvar Kamprad Bill Gates als reichster Mann der Welt überholt hat. Neu war nur, dass man die schwedische Wirtschaft nach der Rezession noch stärker als bisher auf Export- Cluster im High Tech- Bereich der internationalen Arbeitsteilung aufbaute.

Der Staat unterstützte diesen Aufbau vor allem durch ein ausgezeichnetes Bildungssystem , hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung und einer hohen Beschäftigungsquote induziert durch gute öffentliche Altenpflege und Kinderbetreuung.

Nicht unwichtig für das Schwedische Modell, das vergangene wie das gegenwärtige, ist die eigenständige schwedische Rüstungsindustrie. Diese macht es möglich staatliche Aufträge zu

vergeben und eine eigenständige nationale High- Techforschung- und Entwicklung aufzubauen. Das Schwedische Modell entspricht mit seiner Monopolorientierung und seiner Abhängigkeit von einer starken Rüstungsindustrie ganz dem Leninschen Theoriekonzept des Sozialimperialismus.

Man kann sich das Schwedische Wirtschaftsmodell so vorstellen, dass es darauf abzielt, mit der High- Tech- Nische in der Weltproduktion seine ganze Produktion auszufüllen, und dabei ganz auf Export zu orientieren. Dadurch kann zum einen eine höhere Beschäftigungsquote erreicht werden und zum anderen eine höhere Quote an sehr gut ausgebildeten Arbeitskräften. Die Schwedische Wirtschaftspolitik ist zudem immer schon auf eine Unterstützung der Großindustrie und eine vergleichsweise zu Österreich stärkere Belastung der Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet gewesen, was sich sowohl im Steuersystem, als auch im Lohnsystem widerspiegelt. Zum einen führt die Orientierung auf Lohngleichheit zu vergleichsweise sehr niedrigen Löhnen in der Großindustrie, während in Klein- und Mittelbetrieben und dem untersten Einkommenssegment die Löhne vergleichsweise hoch sind. Die Unternehmenssteuer ist zum Beispiel verglichen mit Österreich relativ hoch, aber die Großindustrie bekommt durch Staatsaufträge, Forschung und Entwicklung und das gute Bildungssystem, die Steuergelder mehrfach vom Staat zurück.

Man kann nicht etwa sagen, dass das Schwedische Modell ausschließlich dem Kapitalinteresse dient. Teile davon, wie die hohe Beschäftigungsquote, die hohe Qualität bei Bildung, Pflege und Kinderbetreuung sind sicherlich eine Errungenschaft der schwedischen ArbeiterInnenklasse.

Zwei Fragen ergeben sich aus der Betrachtung des Schwedischen Modells. Ist es übertragbar? und wie lange ist es noch aufrecht zu halten?

Die erste Frage muss tendenziell verneint werden. Ein großes Land kann das schwedische Modell nicht kopieren, weil es sich nicht ausschließlich auf ein Segment der Produktpalette spezialisieren kann.

Aber selbst für ein kleines hochindustrialisiertes Land wie Österreich ist es nicht so einfach das skandinavische Modell zu kopieren. Es gibt eine historisch gewachsene Industriestruktur, die beispielsweise in Österreich eher auf Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet ist. Das Herausstampfen neuer Export -Cluster aus dieser Industriestruktur erfordert nicht nur eine Rezession, sondern auch die Möglichkeit in eine neue Nische am Weltmarkt vorzustoßen. Solche Nischen tun sich nicht jeden Tag auf . Der große Exportcluster Österreichs ist der Banken und Versicherungssektor, der durch seinen parasitären Charakter keine Investitionen in F&E beziehungsweise höhere Ausbildung braucht.

Bereits in Finnland ist das "skandinavische Modell" weit weniger erfolgreich als in Schweden. Die einseitige Orientierung auf die New Economy und den Nokia-Konzern hat das Land 2001 nach dem Platzen der New Economy Blase erneut in eine krisenhafte Situation zurückgeworfen.

Eine Industriestruktur wie in Schweden, die sich auf mehrere äußerst erfolgreiche Export-Cluster verteilt ist, muss sich über mehrere Jahrzehnte hinweg unter sehr spezifischen Umständen entwickeln. Die historische Situation von Schweden mit seiner Neutralität im zweiten Weltkrieg, den reichhaltigen Bodenschätzen und der eigenständigen Währungspolitik ist fast ebenso einzigartig wie die historische Situation der Schweiz als internationaler Finanzplatz.

Nachdem wir uns mit der Übertragbarkeit des Schwedischen Modells beschäftigt haben bleibt die Frage nach der Haltbarkeit. Eine These, die immer wieder in den Zeitungen zu lesen war, ist die, dass auch die konservativen Kräfte in Schweden, das Konzept des Wohlfahrtsstaates akzeptiert haben. (Vergleiche MARTERBAUER 2007) Diese These ist mittlerweile durch die Ereignisse überholt worden.

Die neue konservative Regierung in Schweden plant nicht nur eine Liberalisierung des Wohnungsmarktes, sondern auch die Privatisierung des Bildungs- und des Gesundheitssystems. Die Tatsache alleine, dass die sozialdemokratische Regierung abgewählt wurde, zeigt, dass ein Teil der SchwedInnen unzufrieden mit der Situation ist und das schwedische Modell Grenzen hat. Eine Seite ist sicherlich die, dass trotz hoher Beschäftigungsquote die Arbeitslosigkeit höher ist als in anderen vergleichbaren Ländern, eine andere, dass das Lohnniveau gemessen an Kaufkraftparitäten in Schweden niedriger ist als in Österreich, Großbritannien, Dänemark, Finnland. Die Arbeitslosigkeit betrug etwa in Schweden 5,6% im Jahr 2006 gegenüber 4,9 % in Österreich. Wenn in Österreich diese Statistik verschweigt, dass viele Menschen in Kurse des Arbeitsmarkservice und in Frühpension geschickt werden, so verschweigt sie in Schweden, dass viele arbeitslose Menschen als StudentInnen oder Langzeitkranke zählen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Schweden beträgt sogar 16,4 % und ist damit doppelt so hoch wie in Österreich (8,2 %) (DIE PRESSE, 21.11.2007).

Ein hoher Staatsanteil wird von den Bürgerlichen immer als rotes Tuch gesehen, weil es sich beim Staat um einen Sektor handelt, der jenseits der Profimacherei funktioniert.. Zudem kommt, dass Schweden sehr krisenanfällig ist, da ein Cluster im Fall einer Krise dieses Cluster einen überproportional großen Teil der Volkswirtschaft hinunterziehen kann. In der heutigen turbulenten Weltwirtschaft, ist aber keine Nischentechnologieindustrie vor einer

Krise gefeit. Dies hat sich beispielsweise bereits an Hand der japanischen Ökonomie gezeigt, der auch die Entwicklung ins absolute Hightech Segment nicht half, die Krise zu vermeiden. Auf diese Weise wurde Schweden viel härter als Österreich von der Krise der US Ökonomie 2001 getroffen.

Der lange Boom in China und seine Rolle in der Weltwirtschaft:

Der Aufschwung der chinesischen Wirtschaft 1979 bis 2007 findet im 20sten Jahrhundert nur eine marktwirtschaftliche Parallele, nämlich den Aufschwung der Japanischen Wirtschaft 1950 bis 1974. Bevor wir den chinesischen Aufschwung analysieren, müssen wir klar feststellen, dass dieser Aufschwung auf einzigartigen Voraussetzungen beruht und nicht beliebig in anderen Entwicklungsländern wiederholt werden kann. Sowohl in Japan, als auch in China wurden nämlich die feudalen Strukturen, und die Strukturen der Auslandsabhängigkeit, die für beide das Haupthindernis der Entwicklung bildeten, beseitigt, in China durch eine soziale Revolution 1945- 1948, in Japan durch die US- Armee 1945 aus Angst vor einer sozialen Revolution.

Die chinesische stalinistische Elite war, als sie sich auf den Weg der kapitalistischen Transformation machte, klüger als die russische. Sie zog seit 1979 an einem Strang und arbeitete relativ bewusst an einer Wiederholung des Japanischen Aufschwungs in China , an einer Kopie des japanischen Modells. Das Japanische Modell kann als Modell des Staatskapitalismus par excellence bezeichnet werden: Ein starker Staat, der gemeinsam mit den Banken planmäßig Exportindustrien aufbaut um die Führungsrolle in der Weltwirtschaft zu erobern. Die Exportorientierung ist deshalb so wichtig, weil es für Hochtechnologieprodukte keine Inlandsnachfrage gibt. Gewisse Industriebranchen bekommen quasi zinslose Kredite und gelangen mit Hilfe des niedrigen Lohnniveaus in eine „pole position“ am Weltmarkt: Das ist das Geheimnis des asiatischen Staatskapitalismus.

Genauso wie der Japanische Aufschwung fast 20 Jahre nahezu den Konjunkturzyklus zum Verwinden brachte, sehen wir auch in China bisher vor allem einen einzigen kontinuierlichen Aufschwung. Der Grund dafür ist, dass beide Länder von so niedrigen Niveaus aus ihre Aufholjagd begannen und solche massiven Wettbewerbsvorteile genossen, dass jeglicher Konjunkturzyklus oder jegliche Strukturschwäche der Weltwirtschaft durch ihr ständiges Erobern von Marktanteilen überschattet wurde und im Fall von China noch immer überschattet wird.

Dennoch hat jeglicher Investitionsboom irgendwann sein Ende, und je massiver er war, desto tiefer die Krise, die zu erwarten ist. Die Japanische Wirtschaft fiel 1974 in eine Krise von der sie sich im Wesentlichen bis heute nicht mehr erholt hat. Der Grund dafür ist die Massive Expansion des japanischen Kapitalstocks über 20 Jahre hinweg, der die Profitrate auf ein erbärmliches Niveau herabdrückte.

So ist es auch relativ unbestritten, dass sich in China eine riesenhafte Überakkumulationskrise vorbereitet. Diese Überakkumulation wird sich kurzfristig in einer Überproduktionskrise äußern, wahrscheinlich verbunden mit einem Einbruch oder einer Verlangsamung des Exportwachstums, mittelfristig wird erst durch die Überproduktionskrise die chronische Verschlechterung der Profitsituation zu Tage treten, die sich ähnlich wie in Japan 30 Jahre zuvor unter der Oberfläche durch die massiv steigende Kapitalintensität der chinesischen Produktion vorbereitet. Interessant ist, dass auch The Economist die Situation heute mit der Japanischen Situation in den 80er Jahren vergleicht:

“In many ways China today looks ominously similar to Japan before its bubble burst at the start of the 1990s, resulting in a decade of stagnation. Like Japan, China has high rates of saving and investment, low real interest rates, soaring asset prices, a big current-account surplus and upward pressure on its currency. After the Plaza accord between the big industrial countries in 1985, the Japanese yen rose by 80% against the dollar in three years.

Many in China have concluded that the blame for Japan's economic malaise in the 1990s lay largely with the appreciation of the yen. Beijing has therefore allowed the yuan to rise by only 10% since July 2005. But Japan's real mistake was its loose monetary policy to offset the impact of the rising yen—which further inflated the bubble—and then its failure to ease policy once the bust had happened. By holding down the value of the yuan and allowing a consequent build-up of excess liquidity, China risks repeating the same error.” (The Economist, Sept. 27. 2007))

Weniger klar ist, wer der unmittelbar größte Leidtragende der Überproduktionskrise in China sein wird. In einigen Sparten wie Zementproduktion könnte China innerhalb von kürzester Zeit vom weltgrößten Importeur zum weltgrößten Exporteur werden und die innerchinesischen Produktschwemme auf den Weltmarkt transferieren.

Ein weiteres Problem ist, dass ein Abschwung in China zu einem massiven Abfluss von chinesischem Kapital aus den USA führen muss, was einen Zusammenbruch der US Wirtschaft auslösen kann.

Das Hauptproblem ist, dass jedes Abflauen der Konjunktur auf der Welt die Chinesische Konjunktur verlangsamen muss und ein Einbruch in China die Welt mit sich hinunter reißen muss.

Die globalen Ungleichgewichte und die Perspektiven einer kommenden Krise:

Nach 2001 schlug die US Regierung einen Kurs der Zinssenkung, der Ausweitung des Budget Defizits und der kontrollierten Abwertung des Dollars ein, um die Wirtschaft aus der Rezession zu führen. Auf diese Weise konnte die Rezession beendet werden und ein weiterer Einbruch im Herstellungssektor verhindert werden, ein wirklicher Akkumulationsboom blieb jedoch aus. Die Jobs, die 2001 in der Informationstechnologie verloren gingen wurden in Form von Billigstjobs im Dienstleistungssektor neu geschaffen. Auf Grund der niedrigen Zinsen entwickelte sich neuerdings eine Blase, diesmal zusätzlich zum Aktienmarkt auch auf dem Immobilienmarkt. Die Umverteilung von oben nach unten ging nach der Rezession 2001 ungebremst weiter, was die Profitraten wieder nach oben drückte. Der Boom, der sich ab 2004 wieder zu entwickeln begann, beruhte auf der weiter expandierenden privaten Haushaltsverschuldung und erreichte nicht wie Anfang der 90er Jahre den exportorientierten Herstellungssektor, der auch in den USA das Herzstück der Ökonomie ausmacht. Die private Haushaltsverschuldung beruht wie die Investitionen im Dienstleistungssektor auf dem Vermögenseffekt der Blasenwirtschaft. Schon 2006/7 beginnt sich jedoch der Boom abzuschwächen und die Blase am Immobilienmarkt erreicht ihr Zenit, die Profitrate beginnt wieder zu sinken. Für die Masse der Bevölkerung unterscheidet sich dieser Boom, ähnlich auch wie in Deutschland und Japan zu selben Zeit nicht mehr von einer Rezession. Interessant ist, dass auch während der sogenannten Boomphase Prozesse die Wirtschaft dominieren, die normalerweise Rezessionsphase kennzeichnen, insbesondere Fusionen und Übernahmen in Kombination mit Private Equity- Geschäften. Die Tätigkeit der sogenannten Heuschrecken, die mit Hilfe billiger Kredite Firmen aufkaufen und restrukturiert weiterverkaufen, um kurzfristige Profite herauszuschlagen, scheint auch im Aufschwung ungebremst weiterzugehen, und eine Situation zu schaffen in der auch bei hohen Gewinnen nicht oder wenig investiert wird. Darin drückt sich die ungeheure Verlagerung des Kräfteverhältnis in Richtung Finanzkapital aus, das sich nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch in den Managementtagen niederschlägt. Diese Verlagerung, die durch die Krise der industriellen Profitrate ab 1980 in den USA und ab 1990 in Deutschland und Japan aus kapitalistischer

Sicht notwendig wurde, hat eine solche Eigendynamik entwickelt, dass auch eine Erholung der industriellen Profitrate nur sehr verzögert zu einer Investitionstätigkeit führt.

Der Vorteil dieser Entwicklung aus kapitalistischer Sicht liegt darin, dass die Überakkumulation gebremst wird. Gleichzeitig wüten aber das Finanzkapital und die Prozesse der sogenannten schöpferischen Zerstörung so dermaßen ungebremst, dass Deindustrialisierung und Kapitalvernichtung den Bestand der Industrie und der Wirtschaft gefährden und den Lebensstandard der Bevölkerung zerstören.

Die Dominanz der hochverschuldeten Hedgefonds wird vor allem dann zu einem Problem, wenn diese als Folge einer Kreditklemme ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können und Tausende ihnen gehörende Industriebetriebe mit sich in den Abgrund reißen. Hier wird zum Problem, dass Hedgefonds im Gegensatz zu Banken keinen nationalen Vorschriften unterstehen und der Staat keine Haftung übernimmt, da sie ihren Sitz meist in Steuerparadiesen haben .

Das eigentliche Problem der kapitalistischen Krise am Anfang des 21. Jahrhunderts ist aber nicht der kapitalistische Wirtschaftszyklus, sondern die globalen Ungleichgewichte, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten herausgebildet haben.

Die USA waren nur fähig ihre Rezession aufzuhalten indem sie eine riesenhafte private Haushaltsverschuldung und ein riesiges Außenhandelsdefizit zuließen.

Das Außenhandelsdefizit wird finanziert vor allem durch chinesisches, japanisches, deutsches und arabisches Kapital. Die beständigen Kapitalflüsse auf den amerikanischen Markt aus dem Ausland verbunden mit der Blase auf dem Immobilienmarkt und den niedrigen Zinsen in den USA 2001 bis 2006, sind die Grundlage für die Überliquidität, die alle Poren der Gesellschaft , private Haushalte, den Staat, die Hedgefonds und Unternehmen mit billigen Krediten überflutet. Wir wissen aber schon von Beispielen aus der Vergangenheit, dass so eine Kreditschwemme unter gewissen Umständen, wie im Fall der Asienkrise 1997 zu einer Kreditklemme werden kann. Kommt im Verlauf des Zyklus die Profitrate zum Sinken muss sich über kurz oder lang die Kreditschwemme sogar in eine Kreditklemme verwandeln, da sinkende Profite vermehrte Geldentnahmen notwendig machen.

Eigentlich müsste der Punkt an dem das ökonomische Gleichgewicht der Welt zusammenbricht schon längst erreicht sein, da der niedrige Dollarkurs die Kapitalbewegungen in die USA lange schon nicht mehr rechtfertigt. Der Grund warum das fragile Gleichgewicht fort existiert ist der, dass China, Japan, Deutschland und Erdölexportierende Staaten wie Saudi- Arabien und die VAE aus politischen und makroökonomischen Überlegungen das US Außenhandels- Defizit künstlich finanzieren. Sie wissen, dass ein Zusammenbruch des US

Marktes ihre Exportchancen verringert und ihre eigenen Wirtschaften zum Zusammenbruch führen muss. Heute hängt das gesamte Wachstum der Weltwirtschaft von dem Boom in China und der privaten Haushaltsverschuldung der USA ab.

Welche Ereignisse können den Zusammenbruch der Gleichgewichte auslösen? Ein Platzen der Immobilienblase oder des Aktienmarktes in den USA könnte einen Zusammenbruch des Konsums und eine Kapitalflucht bewirken. Ein Crash in China, könnte zu einer Flucht von chinesischem Kapital aus den USA führen. Beides würde einen wirtschaftlichen Kollaps der USA ähnlich wie 1929 einleiten, der die gesamte Welt hineinreißen könnte. Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Kapitalismus in seiner größten Krise seit 1914 – 1945. Heute gibt es keine Volkswirtschaft, die ähnlich wie die USA nach dem zweiten Weltkrieg das ökonomische Potential hat, die Weltwirtschaft auf eine stabile Grundlage zu stellen. Die USA, die nach dem zweiten Weltkrieg der größte Gläubiger der Welt waren, sind heute ihr größter Schuldner eines der schwächsten Glieder der Weltwirtschaft.

Jenseits von Hayek und Keynes : Perspektiven einer neuen sozialistischen Wirtschaftspolitik:

Das unmittelbare Hauptziel sozialistischer Wirtschaftspolitik muss darin liegen, den Lebensstandard der Massen zu verteidigen und auszubauen. Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, die sich an den Produktivitätsfortschritten orientieren, Mindestlöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen, ein Ausbau von Gesundheits- und Bildungssystem, der Pflege, der Altersversorgung, von Forschung und Entwicklung, der Einstieg in neue Umweltschonende und arbeitssparende Technologien. Das waren seit jeher die Ziele aller Sozialisten und SozialistInnen. Hier braucht es keine Neudefinition. Spannend wird die Frage erst wie, diese Reformen am Beginn des 21. Jahrhunderts durchsetzbar sind und in dieser Diskussion beginnt sich der Unterschied zwischen KeynesianerInnen, GlobalisierungskritikerInnen, ReformistInnen auf der einen Seite und MarxistInnen auf der anderen Seite herauszubilden. MarxistInnen verweisen darauf, dass heute diese Ziele der kapitalistischen Profitlogik unversöhnlich gegenüber stehen. Es ist unter den Bedingungen der Krise der industriellen Profitrate nicht mehr möglich durch Fiskalpolitik, Geldpolitik, oder einer Regulation der Kapitalströme die Kapitalakkumulation anzukurbeln, um damit die Sozialpolitik zu finanzieren. jeder Versuch muss spätestens seit den 70er Jahren dazu führen, dass das Kapital einen unversöhnlichen Kampf gegen so eine

Politik führen würde und versuchen würde, diese Politik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, Kapitalflucht, Preissteigerungen oder Investitionsstreik zu paralisieren.

Was heute notwendig ist, ist ein direkter Angriff auf die Profitlogik und ihre Ersetzung durch eine Produktion für die Bedürfnisse der Menschen.

Das bedeutet, dass die Banken und großen Unternehmen unter der demokratischen Kontrolle der Bevölkerung verstaatlicht werden müssen. Nur unter diesen Bedingungen können Preissteigerungen, Kapitalflucht und Investitionsstreiks verhindert werden.

Nur unter diesen Bedingungen kann sich die industrielle Akkumulation über das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate hinwegsetzen, denn der Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapitalstock ist dann nicht mehr der Gradmesser der Investitionsentscheidung. Diese wird ausschließlich davon abhängig gemacht ob der gesellschaftliche Nutzen der Investitionsentscheidung in Hinblick auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, die Umwelt und die technologischen Effizienzen die gesellschaftlichen Kosten übersteigt oder nicht .

Datenquellen:

- **National Accounts USA**

BiP Wachstum:	GDP percentage-change
Profitrate:	corporate profits / produced assets
Budget Defizit:	net government savings / GDP
Inflation:	change of price index of GDP
Realzins:	
Staatsausgaben %:	government expenditure / GDP

- BRENNER, Robert (2006): *Economics of Global turbulence* ; London; Verso
- BRENNER, Robert (2003): *Boom & Bubble*, Hamburg, VSA- Verlag
- BLOMSTRÖM, KOKKO (2002): *Growth and Innovation Policies for a knowledge economy: Experiences from Finland, Sweden and Singapore*. Working Paper 156. (<http://web.hhs.se/eijswp/156.pdf>)
- CIA Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>
- MARTERBAUER, Markus (2007): *Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven einer neuen österreichischen Wirtschaftspolitik*. Wien, Zsolnay

- KRUGMAN, PAUL (1999): *Die große Rezession*. Frankfurt/Main, Campus-Verlag
- THE ECONOMIST (27. Sept. 2007): *How fit is the panda?*
http://www.economist.com/finance/displaystory.cfm?story_id=9861591